

**A1** Aus der Statistik geht hervor, dass die Bevölkerung in den einzelnen Gebieten innerhalb von 80 Jahren rapide anstieg. Allerdings ist hier zwischen Nord- und Südlage zu differenzieren. Während beispielsweise die Bevölkerung in North Carolina um rund das 24-Fache und in South Carolina um rund das 31-Fache anstieg, ist die Bevölkerung im nördlichen Connecticut nur um etwa das Achtfache gewachsen. Am geringsten fällt der Bevölkerungsanstieg in Massachusetts aus. Hier nahm die Bevölkerung nur um das Fünffache zu.

In den südlichen Territorien ist außerdem eine Zunahme des Anteils der Afroamerikaner an der Gesamtbevölkerung zu verzeichnen. So ist zum Beispiel ihr Anteil in North Carolina zwischen 1700 und 1780 um 30 Prozent gestiegen. Dies ist auf den Ausbau der Tabak- und Baumwollplantagen zurückzuführen, durch den auch der Sklavenhandel im Süden zunahm. Hingegen ist im Norden der Anteil der Afroamerikaner an der Gesamtbevölkerung gering. In New Hampshire und New York nimmt dieser sogar ab oder stagniert wie in Pennsylvania und Rhode Island.

- A1** Zwischen 1700 und 1755 fanden erhebliche Veränderungen bei der Herkunft der Bevölkerung in den amerikanischen Kolonien statt. 83% kam aus Großbritannien (einschließlich Schottland) und 11% aus Afrika, waren also als Sklaven nach Amerika verschleppt worden. 4 % kamen aus Holland und nur 2 % aus dem restlichen Europa. Dieses Bild hatte sich 1755 sehr geändert. Zwar stammte die Mehrheit mit 52 % immer noch aus England und Wales, bzw. mit 56 % aus Großbritannien (einschließlich Schottland), der Anteil anderer Nationalitäten war aber deutlich angestiegen. Auffällig ist die hohe Zahl von Afrikanern (20 %), von denen wahrscheinlich fast alle in den südlichen Kolonien als Sklaven arbeiteten. Auch fällt auf, dass bereits zu diesem Zeitpunkt 7 % der Bevölkerung aus den verschiedenen deutschsprachigen Territorien kam. Zwischen 1755 und 1770, also den beiden Jahrzehnten vor der Amerikanischen Revolution, sind die Veränderungen hingegen nur minimal.

- A1** Die „Pilgrim Fathers“ erklären ausdrücklich, dass sie sich zu einer politischen Körperschaft zusammenschließen wollen. Dabei berufen sie sich mehrfach und ausführlich auf Gott und auf König Jakob. Die Quelle ist von einer tiefen, überzeugten Frömmigkeit durchdrungen, die sich auf nahezu jeden Lebensbereich erstreckt. Sie betonen, dass sie dem König Unterwerfung und Gehorsam versprechen. Dabei wird allerdings nicht erwähnt, dass sie England verlassen haben, weil es dort erhebliche Meinungsunterschiede um die korrekte Auslegung der Bibel gegeben hat.
- A2** Zwar sind die Ziele vage formuliert, aber aus der Quelle kann doch indirekt einiges abgeleitet werden. Betont wird, dass eine erste Kolonie im Norden Virginias gegründet werden soll. Als Motivation wird angegeben, dass dieses Vorhaben zur Ehre Gottes, zur Förderung des christlichen Glaubens und zur Ehre des Königs unternommen werden soll. Die Ehre des Königs dürfte hierbei aber eine eher untergeordnete Rolle gespielt haben. Sehr ernst zu nehmen ist aber der Punkt, der die Förderung des christlichen Glaubens betrifft. Die Auswanderer hatten vor, im neuen gelobten Land eine weithin sichtbare Gemeinschaft zu bilden, die sich ganz dem christlichen Glauben in derjenigen Form widmen sollte, wie sie ihn verstanden. Diesem Vorhaben waren alle anderen Ziele untergeordnet. Schließlich ist noch anzumerken, dass die „Pilgrim Fathers“ nicht in Virginia, sondern sehr viel weiter nördlich an Land gegangen sind. Ob dies durch einen Navigationsfehler oder bewusst geschehen ist, kann hier nicht abschließend erörtert werden, beide Meinungen existieren in der Literatur.
- A3** Da die „Pilgrim Fathers“ ausdrücklich feststellen, dass sie eine politische Körperschaft bilden wollen, ist direkt und indirekt auch ein politisches Programm zu erwarten. Sie legen fest, dass sie in der neuen Kolonie gerechte und gleiche Gesetze, Verfügungen, Beschlüsse, Verfassungen und Ämter aufstellen wollen. Zwar wird am Ende dieses Satzes noch einmal betont, dass sie dem König gebührende „Unterwerfung und Gehorsam“ versprechen würden. Zugleich ziehen sie aber sehr weitgehende Rechte an sich, durch die die Macht des Königs erheblich eingeschränkt wird. Welche Ämter und Gesetze sie genau neu schaffen wollen, ist aus der Quelle nicht ersichtlich. Klar ist nur, dass alle diese neuen Organisationsformen im Einklang mit dem christlichen Glauben stehen sollen.

- A1** Das Gemälde zeigt die englischen Einwandererfamilien gemeinsam mit einigen wenigen Indianern am Tisch. Im Mittelpunkt steht ein Mann in schwarzem Gewand mit weißem Kragen und Kopfbedeckung, der seine Hände betend zum Himmel richtet und ein Tischgebet vor dem gemeinsamen Essen spricht, dem die Gruppe andächtig folgt. Das Motiv ist dem letzten Abendmahl Christi mit seinen Jüngern nachempfunden. Auf diese Weise wird die religiöse Komponente des Vorgangs betont. Ein weiteres wichtiges Element ist die Harmonie, die sich sowohl in den Menschen und ihrem Umgang miteinander widerspiegelt als auch in der umliegenden Natur. Blühende Wiesen, Seen, Berge und Bäume symbolisieren die Vielfalt des Landes, die Hütte im Hintergrund und die Holzwiege im Vordergrund illustrieren die Einfachheit der Lebensverhältnisse. Das Neugeborene in der Wiege verweist auf die wachsende Gemeinschaft und die positive Zukunft der Einwanderer. Sie sind offensichtlich schon heimisch geworden und bauen in friedlicher Eintracht mit den Ureinwohnern ein neues, christlich geprägtes und gesegnetes Gemeinwesen auf.

- A1** Die Motive liegen einzig in der tiefen Religiosität der Puritaner. Für sie waren sehr gute Kenntnisse der Bibel und einiger anderer Schriften, die sie als heilig ansahen, unverzichtbar. Satan stellte für sie keine fiktive Figur, sondern eine Realität dar. Sehr gute Kenntnisse der Bibel waren deshalb für sie ein Schutz gegen die Verführungen, die von der Hölle ausging. Da die Puritaner übergeordnete Kirchenorganisationen weitgehend ablehnten, und die Gemeinden sich selbst organisierten, musste jedes Individuum in die Lage versetzt werden, den Versuchungen Satans selbstständig und notfalls auch ohne Beistand zu trotzen. Sehr gute Kenntnisse der Heiligen Schrift waren dafür unverzichtbar. In der Quelle wird auch ausdrücklich die Einrichtung einer Lateinschule erwähnt, zumindest das Neue Testament sollte deshalb in der lateinischen Übersetzung gelesen werden können. Auffällig an der Quelle ist ferner die tiefe christliche Frömmigkeit, die nahezu in jedem Satz gefunden werden kann.
- A2** Heute sind Staat und Kirche in Deutschland weitgehend getrennt. Der heutige Begriff von Bildung hat sich grundlegend gewandelt. Zwar bestehen sehr unterschiedliche Vorstellungen über die Frage, was „Bildung“ präzise bedeutet. Strittig ist aber nicht, dass hierzu Grundkenntnisse der Naturwissenschaften, der Mathematik, möglichst verschiedener lebender Fremdsprachen, von Geschichte, Geografie etc. gehören. Kenntnisse des Lateinischen oder der Religion, bzw. verschiedener Religionen sind zwar durchaus ebenfalls erwünscht, um die bestehende Gesellschaft zu verstehen. Sie befinden sich aber keineswegs mehr im Mittelpunkt einer weitgehend säkularisierten Welt.
- A3** Auf diese Frage sind mehrere Antworten möglich. Erstens kann davon ausgegangen werden, dass es – ganz anders als im damaligen Europa – in Massachusetts nur sehr wenige Analphabeten gegeben hat. Die allgemeinen Schreib- und Lesekenntnisse müssen sehr hoch gewesen sein. Da außerdem zumindest Latein als Fremdsprache gelernt wurde, dürften auch Grundkenntnisse der antiken Welt und ihrer Geschichte vorhanden gewesen sein. Zweitens aber äußert sich die Bibel – wie heute in der Theologie gut bekannt ist – zu vielen Themen keineswegs eindeutig, und muss deshalb interpretiert werden. Gerade diese Interpretationen waren aber auch in Massachusetts ein ständiges Streitthema unter den Puritanern. Zum Beispiel findet sich im Alten Testament der Satz: „Auge um Auge. Zahn um Zahn“, während Jesus in der Bergpredigt die Liebe anordnet. Welche dieser beiden Sätze wie zu interpretieren ist, ist deshalb keineswegs einfach und bis heute Gegenstand von Kontroversen. Drittens schließlich entstand durch diese permanenten Debatten um die korrekte Auslegung der Bibel eine sehr lebendige, aktive und intellektuell hochstehende Streitkultur, die auch zu einer

kontinuierlichen Politisierung der breiten Bevölkerung beitrug.

- A1** Crèvecoeur zeichnet ein überaus positives Bild der USA, und setzt diesem eine extrem negative Wahrnehmung von Europa entgegen. Er hebt vor allem die egalitären Seiten der amerikanischen Gesellschaft hervor. Die Kluft zwischen Arm und Reich ist in den USA viel geringer als in Europa, auch gibt es keine adelige Oberschicht, die den Rest der Gesellschaft rücksichtslos ausplündert. Amerika bietet den unterdrückten und verarmten Europäern eine neue Heimat, in der nur die Leistung, nicht aber die Herkunft eine Rolle spielt. Hieraus entsteht eine neue Freiheit, die zwar Risiken birgt, aber auch dem Individuum völlig neue Möglichkeiten eröffnet. Erst in Amerika sind die europäischen Willkürregime verschwunden und sind neue Lebensweisen entstanden, in denen die geknechtete Kreatur zu einem Menschen werden kann.
- A2** Crèvecoeur beschreibt den „Amerikaner“ als einen neuen Menschentypus, bei dem – modern gesprochen – Ethnie, Herkunft, Nation oder Muttersprache keine Rolle mehr spielt. Gleichgültig welcher Herkunft er oder sie ist, verschmelzen alle Einzelpersonen aller Nationen zu einem neuen Menschentypus. Später wurde für diese Weltsicht der Begriff des „Schmelztiegels“ geprägt, der heute allerdings von vielen Historikern kritisch gesehen wird. Oft hat es mehrere Generationen gedauert, bis sich Familien von ihren europäischen Traditionen vollständig gelöst hatten. Da in der neuen Welt, anders als in Europa, auch neue Herausforderungen bestehen, müssen – so Crèvecoeur – ganz neue Antworten gefunden werden, die einen neuen Menschen hervorbringen. Das Individuum ist in der Lage, durch eigene Leistung sich seinen eigenen Unterhalt zu verschaffen, das durch „reichliches Auskommen belohnt“ (Zeile 75 f.) wird. Kritisch ist wiederum anzumerken, dass in diesem Text die weit verbreitete Sklaverei überhaupt nicht erwähnt wird. Der Autor vergleicht lediglich mit Europa, Afrika und die Afrikaner spielen in seinem Weltbild keine Rolle.
- A3** Der Autor beschäftigt sich hier kritisch mit jener Zone, die später treffend als „frontier“ bezeichnet wurde. An der fluktuierenden Grenze nach Westen sammelten sich sehr unterschiedliche Typen von Menschen, die man heute als Außenseiter, gescheiterte Existenzen, Einzelgänger, Alkoholiker oder als Kriminelle bezeichnen würde. Da jede staatliche Autorität fehlte oder nur auf dem Papier bestand, existierte hier eine Region der Gesetzlosigkeit bzw. der Anarchie, die auch das Verhältnis zu den Indianern belastete. Allerdings findet der Autor auch hier positive Merkmale. Innerhalb weniger Jahre verschiebt sich diese höchst dynamische Zone weiter nach Westen, und andere Menschen, die weniger primitiv sind, folgen nach. Diese schließen die Landkultivierung ab und verwandeln das barbarische Land „in einen schönen, fruchtbaren, wohlgeordneten Distrikt“ (Zeile 112 f.).

- A4** Die Beantwortung dieser Frage ist abhängig vom Kenntnisstand und Diskussionsverhalten der Schülerinnen und Schüler.



**A1** Mögliche Gliederung:

- Teil a (Zeile 1 bis 19) – Der afrikanische Anteil am transatlantischen Sklavenhandel.
- Teil b (Zeile 20 bis 30) – Das individuelle Schicksal eines Kindes, das aus Afrika verschleppt wird.
- Teil c (Zeile 30 bis 38) – Der ehemalige Sklave erzählt seine Geschichte.
- Teil d (Zeile 38 bis 44) – Die Stellungnahme eines reichen englischen Bürgers zur Sklaverei.

**A2** Die sozialen und politischen Folgen des transatlantischen Sklavenhandels für Afrika waren katastrophal. Auch wenn viele lokale Herrscher die Sklaverei ablehnten, waren sie schon bald dazu gezwungen, am Handel teilzunehmen, wenn sie nicht selbst zum Opfer werden wollten. Der Zugang zu modernen europäischen Waffen war nur dann möglich, wenn sie selbst Sklaven verkauften, und diese Waffen waren überlebenswichtig, um der Sklaverei zu entgehen. Auf diese Weise wurde ein mörderischer Teufelskreis erzeugt, dem einzelne Stämme oder Völker nicht entgehen konnten: Wer nicht versklavt werden wollte, musste selbst andere Afrikaner versklaven und wurde damit Teil des Systems. Dabei wurden häufig gerade junge Männer verkauft, weil diese wegen ihrer Gesundheit und Arbeitsfähigkeit bei den Europäern besonders beliebt waren. Frauen wurden seltener verkauft, obwohl diese bei den europäischen Sklavenhändlern durchaus begehrt waren. Ein Grund hierfür war, dass in vielen schwarzafrikanischen Gesellschaften Frauen traditionell für die Arbeit auf dem Feld zuständig waren. Moralische Fragen über das Recht oder das Unrecht der Sklaverei spielten bald kaum noch eine Rolle.

**A3** Ausstellungen und Museen können immer nur einen Teil der historischen Realität abbilden. Sie richten sich nicht an den professionellen Historiker, sondern an eine breite, aber interessierte Öffentlichkeit, zu denen auch Schulklassen gehören. Deshalb müssen sie zwangsläufig vereinfachen, bzw. Komplexität reduzieren. Eine Möglichkeit hierzu, die in Bristol genutzt wurde, besteht darin, einzelne Personen oder Individuen herauszustellen, und auf diese Weise das Schicksal von Millionen von Menschen plastisch darzustellen. Gleichzeitig müssen Aussteller aber darauf achten, allzu vorschnelle moralische Urteile, die aus unseren heutigen Wertvorstellungen erwachsen, zu vermeiden, und stattdessen die jeweiligen damaligen Kriterien plastisch zu machen. Hieraus entsteht häufig ein Spannungsverhältnis, weil der Betrachter einer Ausstellung gerne klare moralische Werturteile erwartet. Das Beispiel von Bristol zeigt dieses Dilemma: Jeder Mensch wird heute den Sklavenhandel und die Sklaverei scharf verurteilen. Wie hätte er oder sie sich aber in der Situation eines afrikanischen Volkes

im 18. Jahrhundert verhalten, wenn die Alternative nur noch darin bestand, am Sklavenhandel teilzunehmen oder selbst versklavt zu werden? Hierzu gibt es keine ethisch klaren Antworten, und die Aufgabe einer Ausstellung besteht dann darin, dieses im Grunde ausweglose moralische Dilemma offen zu zeigen und anhand von einzelnen Schicksalen sichtbar zu machen.

**A1** Benjamin Franklin (1706-1790) gilt als einer der Gründerväter der Vereinigten Staaten von Amerika. Er war an der Entstehung der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 beteiligt und gehörte auch zu deren Erstunterzeichnern. Von 1776 bis 1785 vertrat er die USA als Diplomat in Frankreich und war hier entscheidend am Zustandekommen des Bündnisses mit Frankreich während des Amerikanischen Unabhängigkeitskrieges (1775-1783) sowie an der Aushandlung des Friedens von Paris (1783) beteiligt. An der Ausarbeitung der amerikanischen Verfassung nahm Franklin als Delegierter der Philadelphia Convention teil.

Im Jahr 1754 reiste Benjamin Franklin als einer von vier Vertretern Pennsylvanias zum Albany-Kongress in New York, auf dem Vertreter der britischen Kolonien in Nordamerika über die Erneuerung eines Bündnisses mit dem Stamm der Irokesen berieten; Hintergrund war ein erneut drohender Krieg mit Frankreich, der spätere Siebenjährige Krieg (1754-1763). Während es gelang, die Irokesen in diesen so genannten Franzosen- und Indianerkriegen erneut als Verbündete zu gewinnen, scheiterte der unter anderem von Franklin unternommene Versuch, die nordamerikanischen Kolonien zu einer engeren politischen Zusammenarbeit zu bewegen, kläglich. Bereits im Vorfeld hatten mehrere Kolonien, darunter Virginia, ihre Teilnahme an dem Kongress verweigert.

Vor diesem Hintergrund entwarf Benjamin Franklin im Jahr 1754 die Karikatur „Join, or die“, die in der von ihm herausgegebenen „Pennsylvania Gazette“ veröffentlicht wurde. Zu erkennen ist eine aus acht Teilen bestehende Schlange, die die damaligen 13 britischen Kolonien in Nordamerika symbolisiert, wobei Delaware und Georgia nicht aufgeführt sind und das Kürzel „N.E.“ für die vier Neuengland-Kolonien steht. Diese wurden damals als ein Gebiet aufgefasst (New Hampshire, Massachusetts, Rhode Island und Connecticut). Die Kürzel stehen für (von links nach rechts bzw. von Süden nach Norden): South Carolina, North Carolina, Virginia, Maryland, Pennsylvania, New Jersey, New York, New England. Das Motto „Join, or die“ sollte die Notwendigkeit der engeren Kooperation verdeutlichen: Nur gemeinsam konnten die Kolonien bestehen bzw. überleben. Zugleich machte die Teilung in acht Segmente klar, dass die Kolonien zum Zeitpunkt des Erscheinens der Karikatur noch keine Einheit waren, sondern diese vieles voneinander trennte.

**A1** Diese Zeichnung ist typisch für die britische Bildpropaganda. Gezeigt wird ein hilfloser, offenbar unbewaffneter Steuerbeamter, der von mehreren Personen brutal misshandelt wird. Die Gesichter der Amerikaner drücken Boshaftigkeit, Hass und auch Lust an der sadistischen Grausamkeit aus. Der Effekt wird noch verstärkt durch verschiedene Attribute, die im Hintergrund gezeigt werden. An dem „Liberty Tree“ hängt ein drohender Galgen, und die Aufschrift mit der Verkündigung des „Stamp Acts“ ist verkehrt herum aufgehängt – möglicherweise ein satirischer Effekt. Zusätzlich werden von einem Schiff Teekisten ins Wasser entleert – dies steht symbolisch für die sinnlose Zerstörung wertvoller Güter.

Insgesamt ist die Botschaft des Bildes klar: Sadistische Rebellen lehnen sich gegen die Staatsautorität auf und versuchen diese sowohl zu erniedrigen, als auch lächerlich zu machen. Diese Form der Propaganda dürfte in Großbritannien einige Wirkung gezeigt haben. Die Wirkung in den Kolonien ist allerdings nur schwer einzuschätzen – wahrscheinlich waren sie polarisierend. Loyalisten dürften in ihrer Auffassung bestärkt worden sein, die „Rebellen“ hingegen dürften der Meinung gewesen sein, dass ihre wichtigen Anliegen hier propagandistisch lächerlich gemacht würden.

- A1** Die Inschrift des Holzschnitts lautet in Übersetzung: „Hier ist der Platz, um die MARKE zu befestigen.“ Den Platzhalter für die Steuermarke bildet ein grimmig schauender Totenkopf. Mit bissiger Ironie und Sarkasmus werden die Leser damit zur Zahlung bzw. dem Aufkleben der notwendigen Steuermarke aufgefordert.
- A2** Unter den Lesern sollte Wut und Widerstand gegen diese Art der Besteuerung entfacht bzw. geschürt werden, was auch funktionierte, denn nahezu jeder Amerikaner war auf die ein oder andere Weise vom „Stamp Act“ betroffen.
- A3** Auch wenn wirtschaftliche Interessen der damaligen Zeitungen bei der Kampagne gewiss eine Rolle gespielt haben und die Leser somit dazu bewegt werden sollten, die Interessenlage der Zeitungen mit ihrer eigenen gleichzusetzen, so war doch der allgemeine Unmut über die britische Besteuerungspolitik ihrer amerikanischen Kolonien in deren Bevölkerung weit verbreitet und trug entscheidend zur Entstehung der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung bei.

- A1** Zeitungen, Zeitschriften, Comics, Schulplaner, Kalender, Gesellschafts- und Würfelspiele, Spielkarten, Kaufverträge.
- A2** Die Staatsfinanzen Englands waren trotz des Sieges im Krieg gegen Frankreich in Europa und Nordamerika (1754/56-1763) durch die mehrjährige militärische Auseinandersetzung äußerst angespannt. Mit Gesetzen wie dem Stamp Act sollten die Kolonien künftig stärker an den Kosten für Verwaltung und Verteidigung beteiligt werden. Die Steuereinnahmen der britischen Krone in den Kolonien sollten so letztlich dazu dienen, die Staatsschulden in Höhe von 130 Millionen Pfund abzubauen.
- A3** Möglich wäre anzunehmen, dass die Besteuerung grundsätzlich die Vorstellung der Briten widerspiegelt, die Amerikaner würden fahrlässig Geld aufs Spiel setzen, das eigentlich der Krone zusteht. Dadurch werden die Amerikaner folglich pauschal als Kantonisten eingestuft. Daneben zeugt die Quelle auch davon, dass der Staat sich das Recht herausnahm, kontrollierend in die Lebensführung der Menschen einzugreifen. Letztlich dürfte die Besteuerung Indiz für die weite Verbreitung von Glücksspielen sein, ansonsten hätte sich diese Maßnahme für die englische Krone wohl nicht gelohnt. Moralische und religiöse Motive, durchaus ein möglicher Ansatzpunkt, dürften keine große Rolle gespielt haben, zumal die amerikanische Gesellschaft in Teilen strenggläubiger war als die englische.

**A1** Die Vertreter der neuen Kolonien waren der Ansicht, dass ihnen nach britischer Tradition „keine Steuern auferlegt werden“ dürften, ohne dass das Volk oder von diesem gewählte Abgeordnete dem zugestimmt hätten. Das heißt, die einzig legitime Institution für die Erhebung von Steuern in Nordamerika wären die in den Kolonien lokal gewählten Parlamente, nicht jedoch das Parlament im entfernten London, in dem die Kolonien zudem nicht vertreten waren. Auch stellten „Bewilligungen für die Krone freiwillige Gaben“ dar. Die Festlegung neuer Steuern durch das Parlament in London bedeutet eine Beschneidung „der Rechte und Pflichten der Kolonisten“. Darüber hinaus würden die Kolonien über den Handelsverkehr, dessen Gewinne in Großbritannien zusammenfließen, indirekt bereits einen „großen Beitrag zu allen Geldbewilligungen“ leisten.

Darüber hinaus betonten die Unterzeichner der Resolution ihre Rechte und Freiheiten, zu denen auch gehört, dem König sowie den Parlamentshäusern Bittschriften vorzulegen.

Der am 19. Oktober 1796 gefasste Beschluss bezweifelte demzufolge einerseits die Rechtmäßigkeit der Stempelsteuer und lehnte diese daher ab, verwies andererseits auf andere finanzielle bzw. wirtschaftliche Leistungen der Kolonien, mit denen diese die britische Krone bereits mitfinanzierten. Auffällig ist die sich durch die gesamte Argumentation ziehende Bezugnahme auf die Rechte und Freiheiten der Engländer, zu denen sich die Kolonisten hier zählen, um ihren Standpunkt abzusichern. Zugleich verweisen die Petitionäre auf den Sonderstatus der Kolonien.

**A2** Um die durch die Kriege gegen Frankreich in Europa und Nordamerika stark erhöhte Staatsverschuldung Großbritanniens zu verringern, beschloss das Unterhaus in London, die britischen Kolonien über die Stempelsteuer stärker zu Finanzierung des Staatsdefizites heranzuziehen. Die dortigen Kolonisten wehrten sich darauf unter Hinweis auf ihre fehlende politische Beteiligung an diesem Beschluss gegen die höhere Besteuerung. Mit Argumenten, die sich nicht zuletzt aus den Bill of Rights und der erfolgreichen Glorious Revolution 1688/89 ableiteten, nahmen die Kolonisten die gleichen politischen Rechte für sich in Anspruch, die sich das englische Parlament damals erkämpft hatte. Der sich hieraus entwickelnde Streit zwischen Mutterland und Kolonien hatte seine Ursache also in der Erhebung von höheren Steuern und Zöllen und gründete auf wirtschaftlichen Überlegungen, wurde jedoch zu einem erbittert geführten politischen Konflikt.

**A3** Die Stellungnahme könnte den rechtlichen Status der Kolonien hervorheben (Untertanen des Königs) und auf die Rechtmäßigkeit des Stamp Act verweisen, stand

doch dem britischen Parlament die Erlassung eines solchen Gesetzes aus Sicht Londons ohne Zweifel zu.

Interessanter ist womöglich die Frage, aus welchen Motiven heraus die Mitglieder des britischen Parlaments den Eliten in den amerikanischen Kolonien eine mögliche parlamentarische Repräsentanz bzw. politische Teilhabe an den Londoner Entscheidungen so offenkundig verweigerten. Bei den sich bietenden Gelegenheiten wurde fast immer der Weg zu einer weiteren politischen Eskalation beschritten, bis eine Verständigung auf der Grundlage des Status quo nicht mehr möglich war.



- A1** Die folgenden Punkte sollten erwähnt werden: Die Quelle betont einleitend besonders das unabänderliche Recht auf Eigentum, das sowohl als übereinstimmend mit der Natur der englischen Verfassung, als auch als Grundrecht von freien Menschen angesehen wird. Das Parlament in Westminster habe diese Rechte verletzt. Da die Amerikaner dort nicht repräsentiert sind, greife das Parlament also ohne ihre Zustimmung amerikanisches Eigentum an. Auch sehe das Parlament aus logistischen Gründen eine Repräsentation der Amerikaner als nicht praktikabel an. Ferner trennt die Quelle zwischen dem Parlament, bzw. den Feinden der Kolonien einerseits und dem König von England und seinen Ministern andererseits. Bemerkenswert ist vor allem, dass der König hier ausdrücklich von den Vorwürfen ausgenommen wird. Auch tritt die Quelle scharf dem immerhin möglichen Vorwurf entgegen, dass die Amerikaner abtrünnige und unloyale Untertanen seien, die ihre Unabhängigkeit anstrebten – das Gegenteil sei der Fall.
- A2** Die Motive für dieses Rundschreiben dürften mehrschichtig sein. Der erste Adressat sind die anderen Kolonialparlamente, die hier kompromisslos mit argumentativer Munition gegen die britischen Gesetze versorgt werden. Auf die eigentlichen Motive für das britische Vorgehen wird überhaupt nicht eingegangen. Ein weiterer Adressat stellt aber auch der britische König und seine Minister dar, weil gerade ihnen in untertäniger Sprache die grundsätzliche Loyalität der Kolonisten versichert wird. Dem Gedanken an eine Unabhängigkeit wird eine klare Absage erteilt. Bemerkenswert ist ferner, dass das Parlament in Westminster, bzw. das Unterhaus alleine für die angeblichen Misstände verantwortlich gemacht wird. Auch dies ist typisch für die Stoßrichtung der amerikanischen Propaganda: Indem einerseits die Loyalität versichert wird, andererseits aber massiv auf – wirkliche oder vermeintliche – Verfassungsbrüche hingewiesen wird, wird offenbar versucht, einen Keil zwischen die jeweiligen Protagonisten der britischen Politik zu treiben.
- A3** Auch der Begriff der „natürlichen und verfassungsmäßigen Rechte“ verweist auf eine mehrschichtige Argumentation. Die Berufung auf die Verfassung ist klar – die Amerikaner vertreten die Meinung, dass unerwünschte Gesetze sie nicht betreffen können, weil sie im Unterhaus gar nicht repräsentiert sind. Die Auffassung des Naturrechtes hingegen, bzw. eines Gesellschaftsvertrages liefert demgegenüber eine mehr theoretische Rechtfertigung. Die Idee des Naturrechtes war im britischen Staatsdenken tief verwurzelt und verweist auf den Staatstheoretiker Thomas Hobbes (vgl. hierzu den Verfassertext „Intellektuelle Hintergründe der Freiheitsbewegung“ im Kapitel „Perspektiven der Konfliktparteien“). Demnach habe früher ein Krieg aller gegen

alle geherrscht, bis ein Bund zwischen Volk und König entstanden sei. Aufgabe des Herrschers sei es danach, gerechte Gesetze zu schaffen und durchzusetzen. Hierzu gehört in erster Linie der Schutz von Leben, Freiheit und vor allem auch Eigentum. Eine Regierung aber, die diesen Pflichten gegenüber ihrem Volk nicht nachkam, handelt ungerecht, und die Untertanen hatten das Recht auf Widerstand. Diese Argumentation dürfte nahezu jedem gebildeten Amerikaner sehr gut vertraut gewesen sein.

- A1** Während der Boston Tea Party war die gesamte Ladung der drei Schiffe vernichtet worden: Die „Sons of Liberty“ hatten alle 342 Teekisten ins Meer geworfen. Auf dem Kupferstich ist jedoch in der Bildmitte ein Ruderboot zu sehen, das mit einigen Teekisten beladen auf dem Weg zum Hafen ist. Dieser Darstellung zufolge wurde 1773 nicht die gesamte Teeladung zerstört, sondern nur ein kleiner Teil davon, lediglich zwei Kisten werden ins Meer entleert, deutlich mehr werden aber beiseite geschafft. Der heroisierte Widerstand gegen die Steuererhebungen der britischen Krone wäre demzufolge vor allem ein Diebstahl fremden Eigentums gewesen. Möglicherweise sollte dadurch in dem 1789 in London erschienenen Buch die Boston Tea Party und damit der amerikanische Kampf um Unabhängigkeit insgesamt in Misskredit gebracht werden; lag doch der Sieg der 13 ehemaligen Kolonien im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg gegen das englische Mutterland erst sechs Jahre zurück.

Weitere Abweichungen auf dem Kupferstich sind eher marginal, könnten von Schülerinnen und Schülern aber benannt werden: Nicht alle auf dem Schiff sind als Indianer verkleidet, die Boston Tea Party findet hier bei Tageslicht statt, insofern erklärt sich auch die Zuschauermenge am Ufer.

- A1** John Adams unterstützte das Vorgehen der „Patrioten“, wie er sie nennt, in Boston voll und ganz. Die Aktion zeige eine „Würde“, „Majestät“ und „Erhabenheit“, die er „bewundere“, so Adams. Es sei eine „kühne, entschlossene, furchtlose und kompromisslose Tat“ gewesen, ein „epochemachendes Ereignis“. Die Vernichtung des Tees sei zwingend notwendig gewesen, da die Kolonisten mit der Anlandung des Tees auf amerikanischem Gebiet ansonsten das „Besteuerungsrecht“ des britischen Parlaments anerkannt hätten. Und dies hätte geheißen, dass die „Arbeit von zehn Jahren“ zunichte gemacht worden wäre. Dies wiederum hätte „Schmach“, „Schande“, „Verachtung“, „Elend“, „Unterdrückung“, „Armut“ und „Knechtschaft“ bedeutet: Die Nachkommen der Kolonisten wären so gezwungen worden, sich den „ägyptischen Sklaventreibern“ (gemeint ist das britische Mutterland) zu unterwerfen.
- A2** Der Loyalist könnte auf die traditionelle Rolle des Königs, dessen Akzeptanz in der Bevölkerung und die Rechtmäßigkeit der Entscheidungen des britischen Parlaments verweisen. Den gesetzesbrecherischen Handlungen der Tea-Party-Anhänger [Achtung! Der Begriff als solcher ist mittlerweile doppelt besetzt → „Tea-Party“-Bewegung in den USA] würde er vermutlich mit Unverständnis und Abscheu begegnen. Zugleich läge die Betonung auf der geschichtlichen Bindung der amerikanischen Kolonien an das britische Mutterland, die nicht einfach aufgrund einiger „Steuerstreitigkeiten“ beiseite geschoben werden könne. Die Tea Party würde als ein Akt einer Gruppe von wenigen Aufführern erscheinen.

- A1** Dieses anti-britische Feindbild polarisiert sehr scharf. Auf der einen Seite stehen Freiheit und Licht, auf der anderen eine dunkle Macht. Die Kolonisten sahen sich selbst als ein auserwähltes Volk an, das schon vor über einhundert Jahren damit begonnen hatte, die Welt politisch und religiös zu erneuern. Wer sie an dieser zivilisatorischen Mission zu hindern versucht, dient damit gleichzeitig den Mächten der Finsternis. Dies galt selbstverständlich besonders für die Loyalisten die zu Verrätern erklärt wurden. Auch deshalb erwies sich der Begriff der „versklavten Nation“ als so wirkungsvoll, weil hier wiederum ein absolutes gut-böse Schema benutzt wurde. Bernd Stöver hebt ferner hervor, dass diese Interpretation gleichzeitig die ideologische Basis darstellte, auf der sich die religiösen Fundamentalisten mit den politischen Radikalen treffen konnten.
- A2** Dieses Feindbild ist ohne die zahlreichen religiösen Gruppierungen, die vor allem in den Neuenglandstaaten aktiv waren nicht erklärbar. Wie erwähnt wollten die Puritaner eine weithin sichtbare „city upon the hill“, ein neues Jerusalem gründen. Da sie – und andere Gruppierungen – der Meinung waren, im Besitz der Wahrheit, einer reinen Lehre zu sein, lag es nahe, jeden grundlegenden Widerstand auch religiös zu interpretieren. Zudem tendieren religiöse Fundamentalisten stets dazu, konkrete Gegenargumente gegen ihre Auffassungen nicht als Diskussionsgrundlage zu akzeptieren, sondern grundsätzlich abzulehnen. Diese religiöse protestantische Interpretation des Konfliktes musste zu einer Eskalation beitragen, weil Kompromisse, die in der Politik immer notwendig sind, dadurch erschwert wurden.

- A1** Die Zahl 13 als Synonym für die dreizehn Gründerstaaten der Vereinigten Staaten taucht in dem Wappen gleich mehrfach auf: 13 Sterne oberhalb des Adlerkopfes, 13 weiße und rote Streifen auf der Brust des Adlers, 13 Olivenblätter sowie -früchte links und 13 Pfeile rechts in den Fängen des Adlers. Das Wappentier, der nur in Nordamerika beheimatete Weißkopfseeadler (Bald Eagle), symbolisiert als „König der Lüfte“ vielerlei Tugenden bzw. Eigenschaften wie Weitblick, Mut und Kraft. Mythologisch steht er daneben unter anderem in enger Verbindung zur griechisch-römischen Götterwelt. Der Olivenzweig steht für die Bereitschaft zum Frieden, wie die Pfeile gleichzeitig für die Bereitschaft zum Kampf (Krieg) stehen. Der lateinische Sinnspruch, der ebenfalls aus dreizehn Buchstaben besteht, kann als Motto des Amerikanischen Unabhängigkeitskrieges verstanden werden: Die 13 ehemaligen britischen Kolonien erkämpften sich ihre Unabhängigkeit und ihre Einheit als Vereinigte Staaten von Amerika.

Sterne und Streifen („Stars and Stripes“) bildeten seit dem 18. Jahrhundert den Kern der amerikanischen Nationalflagge. Während die 13 roten und weißen Streifen seither unverändert für die Zahl der Gründerstaaten standen (Ausnahme: 1795–1818 mit 15 Streifen), erhöhte sich die Anzahl der weißen Sterne mit den später aufgenommenen US-Bundesstaaten von anfangs 13 auf heute 50 (seit 1960).

- A2** Das Wappen symbolisierte den Anspruch auf die Einheit der Vereinigten Staaten: Aus den 13 Gründerstaaten sollte nach dem Sieg über die Briten (1781) ein neuer Staat, die USA, werden. Auch nahm das Wappen Bezug auf einige der Entscheidungsbefugnisse, die allein den späteren Vereinigten Staaten zukamen, wie zum Beispiel Kriegserklärungen abzugeben und Friedensverträge zu unterzeichnen; schließlich sicherte erst der militärische Erfolg im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg den Bestand der amerikanischen Nation. Zugleich wies das Wappen in die Zukunft: Es stand für den Anspruch einer sich immer weiter vertiefenden bundesstaatlichen Ordnung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft (1787: Verkündung der Verfassung der USA). Aus der erreichten Einigkeit gab es keinen Weg zurück in die Zeit der Kolonien bzw. der konkurrierenden Einzelstaaten (1861-1865: Amerikanischer Bürgerkrieg).

**A1** Hier sollte auf folgende Punkte eingegangen werden:

- Lesefähigkeit
- orale Kultur
- das Fehlen von nicht-religiösen Zerstreuungsmöglichkeiten
- religiöse Veranstaltungen als Ersatz für sonstige Unterhaltung

Auf die Gründe für diese lebendige Diskussionskultur ist bereits ausführlich eingegangen worden (vgl. dazu zum Beispiel die Fragen zu M3 im Kapitel „Die Ausgangslage: Bevölkerung und Besiedelung“). Hinzu kamen: Neue diskursive Orte und Räume sowie die ausgeprägte Briefkultur, die dazu beitrug, dass – modern gesprochen – intensive Vernetzungen zwischen ganz unterschiedlichen Personen entstanden.

**A2** „Aushäusige Öffentlichkeit“ bezeichnet vor allem das Phänomen, dass privates und öffentliches Leben weitgehend voneinander getrennt waren. Während heute aufgrund der modernen Kommunikationsmittel (Telefon, Internet etc.) jeder Person, auch wenn sie alleine lebt, theoretisch fast unbegrenzte Möglichkeiten offen stehen, aktiv über nahezu jede öffentliche Angelegenheit zu kommunizieren, bestanden diese Möglichkeiten in den nordamerikanischen Kolonien nicht. Wer an politischen Diskussionen teilnehmen wollte, musste sein Haus oder seine Wohnung verlassen, und Orte aufsuchen, wo er Gleichgesinnte oder auch politische Gegner treffen konnte. Wie im Text erwähnt, standen hierfür ganz unterschiedliche Möglichkeiten zur Verfügung, die jeweils auf die Bedürfnisse der jeweiligen sozialen Gruppen zugeschnitten waren.

Der Begriff „orale Kultur“ geht darauf ein, dass dem gesprochenen Wort ein sehr viel höherer Stellenwert zukam, als dies heute der Fall ist. Zwar spielten Texte und Schriften ebenfalls eine wichtige Rolle (Zeitungen, Flugschriften, Pamphlete, Karikaturen, Briefe), aber im Zentrum vieler Debatten stand zunächst einmal das gesprochene Wort. Männer (zum Teil auch Frauen) waren daran gewohnt, sich ständig in der Öffentlichkeit zu bewegen. Sie trafen sich regelmäßig, um im Stehen oder im Sitzen über aktuelle ökonomische Perspektiven, politische Entwicklungen, soziale Perspektiven oder auch nur über die Predigt vom letzten Sonntag zu debattieren. Diese orale Kultur war der schriftlichen eindeutig vorgeschaltet, denn – mit einigen Ausnahmen – wurde erst einmal ausführlich debattiert, bevor schriftlich Stellungnahme bezogen wurde.

**A3** Die Entstehung dieser diskussionsfreudigen und konfliktgewohnten Streitkultur war eine wichtige Vorbedingung für die Amerikanische Revolution. In dieser Öffentlichkeit wurden die Argumente für oder gegen die jeweiligen Steuerboykotts und vor allem Maßnahmen gegen unliebsame Regelungen, die von den Engländern getroffen wurden,

ausführlich erwogen. Lange bevor schnellebige Massenmedien diese Öffentlichkeit dominieren konnten, verbreiteten sich Nachrichten, unterschiedliche Meinungen und auch Lösungsvorschläge in sehr kurzer Zeit in den Kolonien. Ohne diese umfassenden Debatten und Diskussionen hätte die Amerikanische Revolution in dieser Form wohl nicht stattfinden können, weil Voraussetzung für diese „Rebellion“ eine aktionsbereite breite Öffentlichkeit war, die gut informiert und untereinander vernetzt war.



**A1** Die folgenden Punkte sollten erwähnt werden: Der Text argumentiert, dass die britische Politik der Jahre 1763 bis 1775 keineswegs rein repressiv war aber von den Amerikanern auf diese Weise interpretiert wurde. Es bestand ein generelles Misstrauen gegen die Regierenden, die – so die Auffassung – stets dazu neigten, ihre Macht zu missbrauchen. Auch waren die großen Freiheiten, die viele Kolonien genossen, niemals wirklich rechtsverbindlich fixiert worden. Deshalb wurden die politischen Initiativen der Briten als Angriffe innerhalb eines umfassenden Planes, einer großen Verschwörung gedeutet. Zudem wurden die Argumente in diesem Konflikt von puritanischen Geistlichen sehr stark religiös aufgeladen, und – wie schon beim Kampf zwischen Großbritannien und Frankreich – apokalyptisch gedeutet.

**A2** Die englische Perspektive auf den Konflikt ging zunächst von der simplen Tatsache aus, dass die hohe Staatsverschuldung nach dem Siebenjährigen Krieg unbedingt gesenkt werden musste. Da die Steuerbelastung der Bevölkerung auf den britischen Inseln bereits sehr hoch war, lag es nahe, die Einwohner in den Kolonien, die bisher nur sehr geringe oder gar keine Steuern zahlten, zur Kasse zu bitten. In der Folge war die britische Politik aber nur wenig konsistent. Zeitweise wurde versucht, Steuern und Abgaben mit Zwang durchzusetzen, zeitweise wurde aber auch nachgegeben, wenn der Widerstand zu stark zu sein schien. Diese inkonsequente Haltung hatte direkte Folgen auch für die amerikanische Perspektive auf den Konflikt.

Viele Amerikaner empfanden die neuen Abgaben als ungerecht, weil sie in dem Krieg gegen Frankreich ihre absolute Loyalität unter Beweis gestellt hatten, und viele auch aktiv gegen die Franzosen gekämpft hatten. Vor diesem Hintergrund und verbunden mit dem generellen Misstrauen gegen Regierende, die – so die amerikanische Meinung – stets dazu tendierten, ihre Macht zu missbrauchen, wurden die neuen Abgaben als reine Willkürakte interpretiert, gegen die Widerstand notwendig war. Die amerikanische Forderung nach Repräsentation schien gerechtfertigt zu sein. Da die britische Haltung schwankte, schien außerdem Widerstand durchaus erfolgreich sein zu können. Dadurch wurden die Amerikaner in ihrem ablehnenden Verhalten bestärkt.

**A3** Beide Positionen hatten aus der Perspektive der Konfliktparteien eine gewisse Berechtigung. Die tieferliegenden Gründe wurden bereits in der Antwort zur ersten und zweiten Frage dargelegt. Da beide Seiten ihre Forderungen für korrekt hielten, wurde die Suche nach möglichen Kompromissen so schwierig. Die amerikanische Forderung nach Repräsentation war allerdings auch wegen der großen Entfernungen und wegen der langen Kommunikationswege nur sehr schwer bzw. gar nicht zu realisieren. Allerdings versuchten die Briten anfangs überhaupt nicht, die Amerikaner in die

unpopulären Entscheidungen einzubinden. Ein weiterer grundsätzlicher Fehler der Briten bestand ferner darin, dass sie im Vorfeld ihrer Maßnahmen es nicht für nötig gehalten hatten, ihre finanziellen Probleme zu kommunizieren bzw. diese den Amerikanern zu erläutern. Auch war übersehen worden, dass die Briten bereits erheblich ökonomisch von den Kolonisten profitierten, weil in vielen Wirtschaftsbereichen faktisch ein britisches Monopol bestand, das von den Kolonien nur sehr ungern hingenommen wurde.

- A1** Paine lehnt die Monarchie ab und kritisiert diese scharf. Sich auf die göttliche (christliche) Schöpfung berufend, erklärt er, dass alle Menschen „ursprünglich gleich waren“. Die Monarchie habe sich erst nachträglich, durch den Menschen, entwickelt, damit Herrscher (Könige) über Beherrschte (Untertanen) herrschen könnten. Hierfür gebe es jedoch keine „natürlichen oder religiösen“ Gründe. Die Herrschaftsform der Monarchie stehe gegen das „Wort Gottes“, sei „mit Blut befleckt“ und habe nichts anderes bewirkt, „als die Welt in Schutt und Asche zu legen“. Den englischen König bezeichnet Paine schließlich als den „größten Feind“ der amerikanischen Kolonisten und als „Unmensch“. Paine schwebt also eine direkte Demokratie vor, in der das Volk immer wieder an der Macht beteiligt werden soll und weitgehende Kontrollrechte besitzt. Ob aber beispielsweise Gewaltenteilung herrschen soll, ob eine präsidentiale oder parlamentarische Demokratie, ein föderales oder zentralistisches Staatswesen geschaffen werden soll, wird von Paine nicht gesagt.

Seine Sprache schwankt zwischen sachlich-logischer Analyse und Polemik. Dabei baut er die beiden Gegensatzpaare Großbritannien und Amerika bzw. absolute Regierung und freies Land auf. Kriege, Egoismus, Unfreiheit und Gottlosigkeit stehen dem göttlichen Plan, der Verfassung, der Freiheit und der Unabhängigkeit gegenüber. Mit starken, zum Teil drastischen Formulierungen („der königliche Unmensch aus Großbritannien“, Zeile 41f.) übt er Kritik am System der europäischen Monarchien.

Letztlich geht es ihm darum, seine Landsleute von der Unabhängigkeit und der Schaffung einer eigenen Verfassung zu überzeugen, indem er an ihr Freiheitsbedürfnis und ihre christliche Überzeugung appelliert.

- A2** Paine betont die unterschiedliche Interessenlage der amerikanischen Kolonien und Großbritanniens, aus der er die Notwendigkeit zur staatlichen Unabhängigkeit begründet und einer eigenen Verfassung der amerikanischen Kolonien ableitet. England blicke „eifersüchtig“ auf den „Reichtum“ der amerikanischen Kolonien. Die „Abhängigkeit von Großbritannien“ gelte es daher zu beenden: Die amerikanischen Kolonien müssten sich vom englischen Mutterland lösen („Es ist Zeit sich zu trennen“). Dieses sei unfähig bzw. ungeeignet, Amerika zu regieren. Denn es liege im Interesse „Amerikas“, Handel mit allen europäischen Mächten zu treiben, ohne eine „parteiische Verbindung“ mit einem der Länder einzugehen, um sich aus „europäischen Streitigkeiten herauszuhalten“. Der Handel werde Amerika so „Frieden“ und „Freundschaft“ mit ganz Europa bringen. Amerika müsse unabhängig werden und seine eigenen Gesetze beschließen, denn das sei „unser natürliches Recht“. Es gelte, eine eigene Verfassung für Amerika zu schaffen. Paine sah also in der Unabhängigkeit die einzige Möglichkeit, die Freiheit und den Wohlstand Nordamerikas zu sichern.

**A3** Paine teilte die Meinung, die sich bereits in den Protesten gegen die Stempelsteuer niedergeschlagen hatte: Die Kolonien dürften nicht länger eine Gesetzgebung akzeptieren, an der sie nicht beteiligt waren. Während sich dies 1765 jedoch nicht unmittelbar gegen die Stellung der Kolonien als Teil des britischen Empire richtete, forderte Paine unmissverständlich die Trennung vom Mutterland Großbritannien und die Unabhängigkeit der amerikanischen Kolonien. Hinzu kamen bei Paine die kompromisslose Ablehnung der Monarchie als geeigneter bzw. guter Herrschaftsform und die direkte Kritik am englischen König.

**A4** Pro: Ablehnung der Monarchie als Staatsform (einerseits naturrechtlich begründet, andererseits abgeleitet aus der Interpretation der Bibel); Verfassung als Grundlage des Staatswesens (Grundrechte); parlamentarische Repräsentanz („no taxation without representation“); wirtschaftliche Interessen „Amerikas“.

Kontra: eingeschränktes Wahlrecht; keine politischen Beteiligungsmöglichkeiten von Frauen, Sklaven und Indianern; Duldung der Sklaverei.

**A1** In beiden Quellen spielt der freie Handel – ohne Einschränkungen, Vorgaben und Abhängigkeiten vom Mutterland – eine große Rolle. In M4 wird außerdem die Entwicklung des Wohlstands in den Kolonien thematisiert: Ein erfolgreicher Unabhängigkeitskrieg würde den wirtschaftlichen und demografischen Aufschwung Amerikas weiter befördern, denn „für die Freiheit ist kein Preis zu hoch“. Paine argumentiert darüber hinaus in M3 mit politischen Motiven: Ablehnung der Monarchie, eigene Gesetze, Schaffung einer Verfassung, Unabhängigkeit Amerikas.

**A2** Der ablehnende Leserbrief könnte sich zum Beispiel auf die Inkaufnahme eines Krieges in M4 konzentrieren oder auch die Betonung (vermeintlicher) demografischer wie wirtschaftlicher Vorteile der Unabhängigkeit kritisieren.

Der zustimmende Leserbrief könnte dagegen etwa mit den Zugewinnen an politischen Rechten und wirtschaftlichen Möglichkeiten für die gesamte Bevölkerung im Falle der Unabhängigkeit argumentieren.

- A1** Das Bild lässt sich grob in drei Bereiche gliedern. Im Zentrum steht erstens General Washington mit erhobenem Degen, etwas versetzt hinter ihm befinden sich einige Offiziere. Ihr gehobener Rang wird deutlich, weil sie zu Pferde sitzen. Auf der linken Seite befindet sich ferner dicht gedrängt eine Einheit von Infanteristen, ihre große Zahl zieht sich bis in den rechten Bildhintergrund hin. Aus dem Bild geht nicht hervor, dass es sich um Einheiten der Kontinentalarmee und nicht um Milizen handelt, dies war aber fast jedem zeitgenössischen Betrachter bekannt. Auf der rechten Seite befinden sich einige weitere herausgehobene Personen, etwa ein Trommler oder ein Fahnenträger.
- A2** General Washington steht eindeutig im Zentrum des Bildes. Durch das angaloppierende Pferd und durch den ausgestreckten Degen erhält die Darstellung seiner Person noch eine zusätzliche Dynamik. Da sich fast alle Blicke der Soldaten und Offiziere auf Washington richten, wird seine führende Rolle zusätzlich unterstrichen.
- A3** Der Künstler stellt die alleinige und unangefochtene Führungsrolle von George Washington in den Mittelpunkt des Gemäldes. Wahrscheinlich hat der General gerade eine Ansprache gehalten oder den Angriffsbefehl erteilt, sein Pferd setzt zum Galopp an. Die Blicke und die Körpersprache der Soldaten drücken Kampfeswillen und Entschlossenheit aus. Viele jubeln dem General zu und präsentieren ihre Schusswaffen. Die dicht aneinander gedrängten Soldaten strahlen zudem den Nimbus der Unüberwindlichkeit aus. Dem damaligen Betrachter dürfte der Hintergrund des Bildes bekannt gewesen sein: Ein anderer amerikanischer General hatte zu Beginn der Schlacht eine Reihe von Fehlentscheidungen getroffen, und die amerikanische Armee drohte, sich in einer heillosen Flucht aufzulösen. In diesem Moment übernahm Washington aber selbst den Befehl über die bereits fliehenden Einheiten, und es gelang ihm mit ihnen zwei erfolgreiche Gegenangriffe zu organisieren.

- A1** Mögliche Gründe wären beispielsweise: Schon während des Krieges, vor allem aber danach wurde die Erinnerung an diesen und an andere schwarze Soldaten von der vorherrschenden „weißen“ Geschichtsschreibung verdrängt. Ferner gab es keine besondere Motivation, sich mit der Sklaverei auseinanderzusetzen. Auch nach der Abschaffung der Sklaverei blieb der Rassismus vor allem im Süden der USA virulent. Eine nennenswerte „schwarze“ Geschichtsschreibung konnte erst entstehen, nachdem die Bürgerrechtsbewegung seit den 1960er-Jahren die politische, soziale und ökonomische Gleichberechtigung erkämpft hatte. Aber auch danach waren die aktuellen Probleme, die gelöst werden mussten, wichtiger als die Geschichte, sodass sich kaum jemand intensiv mit der „schwarzen“ Vergangenheit beschäftigen konnte.

- A1** Die aufgeführten Beschwerden belegen, dass das Verhältnis zwischen den amerikanischen Kolonien und dem englischen König zu diesem Zeitpunkt völlig zerrüttet war. Der Unabhängigkeitserklärung zufolge ist er der Hauptschuldige des Konfliktes, indem er es den Kolonisten durch seine wiederholten Rechtsverstöße unmöglich gemacht habe, ihn noch länger als Herrscher akzeptieren zu können. Der englische König sei zum „Tyrannen“ geworden, den zu stürzen bereits seit der griechisch-römischen Antike ein unumstößliches Vorrecht des Volkes gewesen sei.
- A2** Bereits seit dem Vorjahr (1775) kämpften amerikanische Kolonisten gegen englische Soldaten im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg (1775-1783) gegeneinander. Die sich um Steuern und Zölle entzündende jahrelange Auseinandersetzung zwischen Kolonien und Mutterland gipfelte in diesen Jahren in der politischen Legitimation der kolonialen Rebellion gegen den königlichen Herrscher im fernen London. Stark beeinflusst von Paines im Januar 1776 erschienener Flugschrift „Common Sense“, setzte nach der Initiative des Zweiten Kontinentalkongresses im Mai 1776 eine breite Verfassungsdebatte in den amerikanischen Kolonien ein. Die im Juli 1776 von Thomas Jefferson entworfene und vom Zweiten Kontinentalkongress verabschiedete Unabhängigkeitserklärung bildete den vorläufigen Höhepunkt dieser Entwicklung: Die amerikanischen Kolonien kämpften nun für ihre völlige politische Unabhängigkeit von Großbritannien und für eine neue, sich bereits abzeichnende Staatsform, die die monarchische Herrschaft ablösen sollte: die Republik.
- A3** Bereits Paine hatte die Gleichheit aller Menschen aus der „Ordnung der Schöpfung“ abgeleitet, die Monarchie als „mit Blut befleckte“ Staatsform scharf kritisiert und mit dem Hinweis „Es ist Zeit sich zu trennen“ die Unabhängigkeit der amerikanischen Kolonien gefordert. Das Recht auf Gleichheit sowie die Freiheit nehmen bei Paine eine prominente Position ein und finden sich auch in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung an zentraler Stelle.

Außerdem werden die Missstände, die Thomas Paine als quasi natürlichen Bestandteil der Monarchie als System der absoluten Regierung definiert, in der konkreten Form der Beschwerden gegen den englischen König aufgegriffen. Erwähnt werden in beiden Schriftstücken die Willkür bei der Gesetzgebung, die Unfreiheit der Bevölkerung und die kriegerische Politik. Ganz entsprechend der Argumentation von Paine wird die Unabhängigkeit als einziger Ausweg aufgezeigt. Die von Thomas Paine befürworteten Elemente der Basisdemokratie sowie der Verweis auf die göttliche Ordnung als Basis des Naturrechts werden in der Erklärung nicht aufgegriffen.



**A4** Sowohl über den Positivkatalog der Grundrechte als auch über den Negativkatalog der Beschwerden werden neue Grundsätze für den Staat und seine Politik als vom Naturrecht legitimierte Standards geschaffen. Die Rechte des Einzelnen stehen immer über den Rechten des Staates. Damit wird die Demokratie als einzige legitime Regierungsform etabliert.

**A5** Ein möglicher Lösungsansatz wäre, einen Kriterienkatalog ähnlich wie in M1 (siehe im Schulbuch Seite 24) zu entwickeln und die Unabhängigkeitserklärung der „Vereinten Staaten von Amerika“ (Modern) der britischen Monarchie (Traditional) gegenüberzustellen. Mögliche Kriterien könnten zum Beispiel sein: Herrschaft / Herrschaftsform, Politische Partizipation und Recht / Rechtsprechung.

Ebenso wäre es möglich von M3 (Seite 26) auszugehen. Hier könnte auf die Unabhängigkeitserklärung im Kontext der Aussage des Historikers Jens Flemming eingegangen werden: „Staatliche Herrschaft bedarf neuer Formen der Legitimation, muss Möglichkeiten der politischen Teilhabe für alle bieten, die Erwartungen und Interessen der Bürger zu befriedigen.“ (vgl. Zeile 26-29)

In dem Kommentar zu einem Jahrestag des 4. Juli 1776 könnten beispielsweise folgende Punkte Erwähnung finden:

- Gedenken an die Geburtsstunde eines modernen Staates (unter anderem alle Menschen sind gleich, die Macht geht vom Volk aus)
- Erinnern an die Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber Großbritannien sowie an die uneingeschränkten Rechte Krieg zu führen, Frieden zu schließen, Bündnisse zu bilden, und Handel zu treiben

- A1** Diese Offiziere waren in erster Linie treue Untertanen ihres Landesherrn, den sie zufrieden stellen wollten. Auch waren sie fest in der ständischen Gesellschaft Europas verwurzelt und hatten ein ausgeprägtes Ehrgefühl. Deshalb begegneten sie den deutschsprachigen Siedlern in Amerika mit Verachtung bzw. mit einem ausgeprägten Überlegenheitsgefühl. Zugleich standen sie in der Tradition der gebildeten europäischen Aufklärung und glaubten an den Fortschritt. Das Bildungswesen in den deutschen Ländern hielten sie dem amerikanischen für überlegen. Deshalb lehnten sie auch den religiösen Fanatismus vieler Amerikaner und vor allem die Sklaverei ab, die für sie eine grausame und unmenschliche Institution war. Eine Identifikation mit Großbritannien war nur in Ansätzen erkennbar, auch weil die britische Armee keine entscheidenden Erfolge vorweisen konnte.
- A2** Diese Aufgabe lässt sich zum Teil nur spekulativ beantworten. Offenbar fiel es vielen dieser „Hessen“ schwer, sich sowohl mit den Briten, als auch mit den Amerikanern zu identifizieren. Abgesehen von einigen großen Städten wie zum Beispiel New York wirkte Nordamerika im Vergleich zu Deutschland eher primitiv. Offiziere entstammten zudem häufig der adeligen Oberschicht, d.h. sie genossen in Europa erhebliche Vorteile. Auch verfügten sie über ein ausgeprägtes Bewusstsein von Ehre, für das es in Nordamerika kein Pendant gab. Gegenüber diesen Vorteilen wirkte die amerikanische „Freiheit“, in der ihre alt hergebrachten Privilegien nichts galten, wenig attraktiv. Viele werden – auch wenn das nicht im Text erwähnt wird – unter Heimweh gelitten haben: Familien, Frauen und Kinder waren viele Tausende Kilometer entfernt. Leider existieren fast keine Quellen, die Auskünfte über die Meinungen der einfachen Soldaten geben. Aber da auch hier viele es vorzogen, nach dem Ende des Krieges freiwillig nach Europa zurückzukehren, dürften ähnliche Gründe vorgelegen haben.

- A1** Franklin verwendet in diesem Text bewusst den hochtrabenden, snobistischen und überheblichen Stil, den viele Nordamerikaner als anmaßend empfunden haben, den manch ein europäischer Adliger in dieser Zeit aber wohl wirklich geschrieben hat. In seiner Rhetorik stellt er einen selbstherrlichen, absolutistischen Fürsten dar, dem das Schicksal seiner Untertanen völlig gleichgültig ist, und dem es nur um die Befriedigung seiner hedonistischen Bedürfnisse geht. Dadurch, dass Franklin nicht Stellung bezieht, sondern seinen fiktiven Adligen selbst für sich sprechen lässt, erreicht er zwei rhetorische Ziele. Erstens erweckt dieser fiktive Brief den Eindruck einer hohen Authentizität. Genau so könnte – in der Vorstellung vieler Amerikaner – ein selbstherrlicher europäischer Aristokrat geschrieben haben. Zweitens kann Franklin auf eine eigene Bewertung vollständig verzichten. Dieser Brief ist gegenüber einem rezeptionsbereiten Publikum selbstentlarvend und bestätigt die bestehenden vorgefassten Urteile.
- A2** Die amerikanische Kriegspropaganda zeichnete sich – von Ausnahmen abgesehen – durch eine hohe Intellektualität aus. Sie war meistens nicht zentral organisiert, sondern beruhte auf den fantasievollen Initiativen einzelner Personen, Diskussionszirkeln, Lesegemeinschaften oder Gruppen, die sich trafen, um Strategien gegenüber den jeweiligen Öffentlichkeiten zu entwickeln. Dies konnten Pamphlete, Abbildungen, Zeitungen, Artikel, Manifeste oder eben auch Satiren sein. Franklin hatte im Laufe seines Lebens eine gewisse Meisterschaft in diesen verschiedenen Medien entwickelt und ging virtuos mit ihnen um.
- A3** Gegen eine scharfe und gut geschriebene Satire zu argumentieren, ist ausgesprochen schwierig. Ein mögliches Mittel besteht darin, den Angriff einfach zu ignorieren. Eine sachliche Widerlegung ist nur bedingt erfolgsversprechend, weil einige Fakten, auf denen die Satire aufbaut, unzweifelhaft korrekt sind. Deutsche Fürsten vermieteten ihre „Landeskinder“ und nahmen ihren Tod oder ihre Verstümmelung in Kauf, um den eigenen Staatshaushalt zu sanieren oder den Luxus an ihren jeweiligen Höfen weiter finanzieren zu können. Eine dritte Möglichkeit besteht darin, ebenfalls mit einer Satire zu antworten. Diese könnte etwa die Primitivität der Amerikaner aufs Korn nehmen. Auch könnte ihre Geldgier angegriffen werden, weil sie wegen einiger geradezu lächerlichen Zölle und Steuern lieber einen großen Krieg mit zehntausenden von Toten angezettelt hatten. Auch könnte die Doppelmoral zum Thema gemacht werden, weil diese „Rebellen“ ständig von Freiheit redeten, aber gleichzeitig das grausame System der Sklaverei verteidigten und die Ureinwohner des Kontinentes, die Indianer, systematisch verfolgten. Welche Reaktionen die Satire von Franklin hervorgerufen hat,

ist quellenmäßig nicht bekannt.

- A4** Die Beantwortung dieser Frage ist abhängig vom Kenntnisstand der jeweiligen Schülerinnen und Schüler.

- A1** Paine spitzt in seiner Argumentation die Gegensätze auf ein nahezu absolutes „Entweder-oder“-Schema zu, er akzeptiert keine Zwischentöne mehr, er kennt nur noch Freund oder Feind, und zwischen beiden herrscht gnadenloser Krieg. Das Beispiel, das er für einen „Tory“ anführt, zielt ausschließlich darauf ab, das Volk nahezu bedingungslos für den Krieg zu mobilisieren. Frieden ist für ihn keine erstrebenswerte Kategorie, Frieden ist identisch mit dem Sieg, dazwischen gibt es nichts. Es ist schwierig abzuschätzen, welche Wirkung diese Art von Propaganda gehabt hat, aber sie läuft auf eine bedingungslose Polarisierung heraus.
- A2** Da Paine sehr grob argumentiert, liefert er auch keine klare Definition seines Feindbildes „Tory“. Er vermeidet es auch ganz bewusst, eine positive Charakterisierung abzuliefern. Es gibt keine Hinweise auf Herkunft, sozialen Status, Wohnort oder Gesinnung. Tories werden mit einer Fülle von negativen Eigenschaften charakterisiert, wobei auch extrem pejorative Attribute genannt werden. Die generelle Botschaft ist klar: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns!

**A1** Folgendermaßen könnte eine Auflistung ihrer wichtigsten Lebensereignisse aussehen:

<b>um 1753</b>	Geburt vermutlich am Gambia-Fluss in Westafrika.
<b>1761</b>	Sie kommt als Sklavin nach Amerika und wird in Boston von dem Schneider John Wheatley als Geschenk für seine Frau Susanna gekauft. Ihr Name Phillis geht auf den Namen des Schiffes zurück, das sie nach Amerika brachte. Sie erhält Unterricht unter anderem in Latein, Griechisch und Geschichte.
<b>1767</b>	wird ihr erstes Gedicht in der Zeitung „Newport Mercury“ in Rhode Island veröffentlicht.
<b>1771</b>	erscheint ihr Gedicht über den methodistischen Prediger George Whitefield „On the Death of Reverend Whitefield“. Sie wird sowohl in den USA als auch in England als Dichterin wahrgenommen, damit einher geht immer die Thematisierung ihrer schwarzen Hautfarbe.
<b>1772</b>	Alle Versuche, einen Verleger für ihre Gedichte zu finden, scheitern. Viele zweifeln an ihrer Autorschaft. Eine Kommission, die ihre Kenntnisse in einer Befragung abprüft, bescheinigt ihr schließlich ihre Kompetenzen. Trotzdem findet sich kein Verleger in den USA. Ihre Besitzerin Susanna Wheatley stellt den Kontakt nach England her.
<b>1773</b>	Sommer: Reise nach London, um Werbung für ihr geplantes Buch zu machen. September: „Poems on Various Subjects, Religious and Moral“ erscheint beim englischen Verleger Archibald Bell. Oktober: Nach dem Tod ihrer Besitzerin erhält sie die Freiheit.
<b>1775</b>	Als Befürworterin der Unabhängigkeit verfasst sie unter anderem eine Ode auf George Washington „To his Excellency General Washington“. Über ihre eigene Situation als ehemalige Sklavin verfasst sie nur ganz wenige Gedichte, unter anderem „On Being Brought From Africa to America“. Als farbige Dichterin ist sie aber auch weiter der Kritik ausgesetzt. Zu ihren Kritikern gehört zum Beispiel der spätere Präsident Thomas Jefferson, selbst Plantagenbesitzer in Virginia.
<b>1778</b>	Heirat mit dem schwarzen Lebensmittelhändler John Peters. Nach der Trennung muss sie sich ihr Geld als Kellnerin verdienen. Sie schafft es nicht, ihren zweiten Gedichtband zu publizieren.
<b>1784</b>	Sie stirbt mit 31 Jahren im Wochenbett.

**A2** Die Behauptung ist richtig: Sklavinnen wurden in der Regel einerseits als Sklavinnen und andererseits als Frauen unterdrückt.

**A1** Die Petition argumentiert vor allem auf naturrechtlicher, religiöser und historischer Ebene für eine Aufhebung der Sklaverei, diese drei zentralen Argumente lassen sich mehrfach finden. Zunächst sehen die Verfasser in der Sklaverei einen Verstoß gegen ein „natürliches und unveräußerliches Recht“, eine „Verletzung des Naturrechts und des Völkerrechts“, „das natürliche Recht eines jeden Menschen“. Diese Rechte seien gottgegeben, und die Verfasser appellieren an die christliche Nächstenliebe der Amerikaner. Maßstab für das Handeln der Amerikaner in der Sklavenfrage müssten deren eigene Prinzipien sein. In diesem Zusammenhang dürften auch die formaljuristischen Ausführungen zu verstehen sein („niemals durch irgendeinen Vertrag oder eine Vereinbarung“, Petitionspraxis und Legislative). Zur Argumentation zählt schließlich auch der Hinweis, dass eine „große Anzahl von Schwarzen“ hinter den Forderungen stünden, sowie die Kontrastierung der Zustände in den Herkunftsländern mit der jetzigen Situation. Schließlich kennzeichnet die Petition eine eher unterwürfige, schmeichelnde Wortwahl („Demut“, „zarten Gefühlen“, „milden Religion“, „lößlichen Beispiel des guten Volkes“, „flehen“).

**A2** Aspekte einer Stellungnahme könnten sein:

- heutige Wertmaßstäbe, die sich in den Grundrechten des Grundgesetzes oder in der Menschenrechtskonvention widerspiegeln (pro), die damals allerdings noch nicht von einer Mehrheit akzeptiert waren (kontra)
- Erweiterung der Forderung auf die Rechte der Frauen und anderer Minderheiten (Indianer)
- Argumentationsstruktur des Textes, der einerseits unterwürfig in der Wortwahl ist, gleichzeitig aber implizit auch Drohungen ausspricht; hier könnte auch der Bürgerkrieg hinter den Kampflinien einbezogen werden
- wirtschaftliche Situation in den Südstaaten, die auf den Einsatz billiger Arbeitskräfte angewiesen waren

Die sowohl naturrechtlich als auch mit christlichen Werten begründete Petition beeindruckte die Anhänger der Sklaverei vor allem in den amerikanischen Südstaaten nur wenig. Im Jahr der Veröffentlichung befanden sich Befürworter der Abschaffung der Sklaverei noch in der Defensive, wie auch der demütige Tonfall der Petition belegt. Die ideologischen bzw. rassistischen Vorurteile sowie der wirtschaftliche Nutzen, den die Sklavenhalter mit ihren Sklaven erzielten, waren mit Argumenten nicht zu überwinden. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts schwelte der Konflikt weiter und war schließlich eine der Hauptursachen für den Ausbruch des Amerikanischen Bürgerkrieges. Erst dieser brachte durch den Sieg der Nordstaaten die Abschaffung der Sklaverei in den gesamten

USA mit sich. Das 1852 veröffentlichte Buch „Onkel Toms Hütte“ trug zuvor vor allem in den Nordstaaten zur Aufklärung über die Unmenschlichkeit der Sklaverei bei.



**A1** Abigail Adams unterstützt ihren Mann und sein Streben nach Unabhängigkeit vorbehaltlos, sieht in einer neu zu schaffenden Verfassung die Notwendigkeit, alte Vorstellungen zu überwinden und Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern herzustellen. Sie schmeichelt ihrem Mann und betont in diesem Zusammenhang mehrfach den tyrannischen Charakter der Männer, die ihre Frauen unterdrückten. Gleichzeitig droht sie offen mit Revolution gegen die neue Ordnung, sollten Frauen nicht gleichberechtigt werden.

**A2** Im Zuge der Aufklärung entwickelten sich im 18. Jahrhundert innerhalb der bürgerlichen Emanzipationsbewegungen auch Bestrebungen, die Stellung der Frau in der Gesellschaft und gegenüber dem Mann zu verbessern. Den Hintergrund hierfür stellte die Auffassung von der Gleichheit aller Menschen vor Gott und dem Gesetz dar.

Im Vorfeld des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges spielte die Emanzipation der Frau bzw. die Verbesserung ihrer rechtlichen Stellung nur eine untergeordnete politische Rolle. Im Zuge der Französischen Revolution forderte Olympe de Gouges 1791 – in ihrer Zeit erfolglos – die rechtliche Gleichstellung der Frau mit dem Mann.

**A3** John Adams antwortete in spöttischem Tonfall mit Verweis auf die angebliche Verlotterung der allgemeinen Sitten und der Zunahme der Aufmüpfigkeit (von Kindern, Lehrlingen, Indianern und „Negern“) gegenüber der Obrigkeit, denen sich nun offenkundig auch seine Frau angeschlossen habe. An der rechtlichen Stellung der Frau werde sich nichts ändern („Verlass dich drauf“), doch nur in der „Theorie“. Die Männer würden es nicht wagen, ihre „Gewalt“ auszuüben, denn sie seien „verpflichtet, fair und sanft vorzugehen“. Schließlich: „In der Praxis – du weißt es – sind wir die Untergebenen.“

John Adams gab sich als verständiger Patriarch, der die Frau als rechtlich gleichberechtigt aber nicht anzuerkennen bereit war.

**A4** Solange die politische bzw. verfassungsrechtliche Gleichstellung der Frau in den Vereinigten Staaten nicht gewährleistet war, gab es für Abigail Adams keine Veranlassung, ihren Mann nicht mit ständigen Mahnungen an diesen Umstand zu erinnern. Bei John Adams und seinen männlichen Zeitgenossen wiederum erscheint fraglich, aus welchen Gründen sie ihre ablehnende Haltung gegenüber der Einräumung von politischer Mitbestimmung durch die Frauen ändern oder aufgeben sollten.

**A1** Michael Hochgeschwender hebt hervor, dass die Amerikaner scharf gegen die Reformen opponierten, weil sie befürchteten, ihre Freiheit und ihr Eigentum zu verlieren. Nahezu jede britische Maßnahme wurde mit äußerstem Misstrauen betrachtet. Zugleich grassierten Verschwörungstheorien, die jeden Kompromiss fast unmöglich machten. In diesem Sinne – so Hochgeschwender – sei die Amerikanische Revolution konservativ gewesen, weil sie eine Revolution gegen die Reformen gewesen sei.

Horst Dippel unterstreicht hingegen, dass die sozialrevolutionären Umwälzungen im Vergleich zur Französischen Revolution eher gering waren. Wichtiger sei diejenige Revolution gewesen, die sich in den Köpfen der Amerikaner abgespielt habe. Die Rhetorik der Freiheit habe eine ungeheure Dynamik freigesetzt, die auf allen gesellschaftlichen Ebenen spürbar gewesen sei. Das gesamte Gefüge der menschlichen Beziehungen sei auf eine neue Basis gestellt worden.

Hannah Arendt betont wie Hochgeschwender, dass die Revolution begonnen worden sei, um eine alte Ordnung wiederherzustellen, die von der Monarchie verletzt worden sei. Die Bewegung, die zu der Revolution geführt habe, sei ursprünglich nicht revolutionär gewesen, und niemand hatte ursprünglich die Unabhängigkeit gewollt. Anders als bei der Französischen oder auch der Russischen Revolution (1917) habe die Amerikanische aber nicht ihre Kinder verschlungen. Arendt vertritt am Schluss die These, dass die Begriffe konservativ und revolutionär unangemessen seien, um die entsprechenden Vorgänge zu interpretieren, weil diese Termini erst seit der Französischen Revolution ihren heutigen Sinn erhalten hätten.

**A2** Für Hochgeschwender und Arendt steht fest, dass die Revolution und die amerikanische Unabhängigkeit ursprünglich nicht gewollt waren. Auch wenn Hannah Arendt sich gegen die Verwendung des Begriffes „konservativ“ wendet, kommt sie doch zu ähnlichen Ergebnissen wie Hochgeschwender. Die Amerikaner rebellierten gegen die englischen Maßnahmen, weil sie ihre ursprünglichen, uralten Freiheitsrechte in Gefahr sahen. Allerdings sehen alle drei Autoren, dass zugleich etwas ganz Neues entstanden ist. Besonders Horst Dippel betont die ungeheure Dynamik, die während der Revolution entstand, und die das Denken der Amerikaner grundlegend veränderte. Das gesamte Gefüge menschlicher Beziehungen sei auf eine neue Basis gestellt worden, auch wenn die sozialen Verhältnisse sich kaum veränderten. Indirekt werden diese Veränderungen auch von Arendt gesehen. Für sie ist besonders bemerkenswert, dass die gleichen Männer, die die Restauration in Gang gesetzt hatten, auch die Revolution gemacht hätten und schließlich lange genug gelebt hätten, um in der neuen Ordnung zu Amt und Würden aufzusteigen.

- A3** Hochgeschwender und Arendt stimmen darin überein, dass ursprünglich niemand diese Revolution gewollt habe. Dennoch stand am Ende dieses Prozesses die Schaffung eines völlig neuen Staatswesens. Das scheinbare Paradox, dass Männer, die zu einer alten Ordnung zurückwollten, zugleich eine Revolution mit sehr weitreichenden Folgen anzettelten, lässt sich allerdings auflösen. Nach der Unabhängigkeitserklärung wurde eine zwar ursprünglich ungewollte, dann aber nur noch schwer kontrollierbare Dynamik freigesetzt, die typisch für große Revolutionen ist. Hierdurch wurden neue Zwänge geschaffen, die unverzügliche neuartige Antworten erforderten, die dann wiederum zur Gründung des neuen Staates führten.
- A4** Hannah Arendt hat sicherlich Recht, wenn sie hervorhebt, dass der Begriff des Konservativen erst in und nach der Französischen Revolution seine heutige Bedeutung erhielt. Dennoch kann es durchaus sinnvoll sein, heutige Begriffe auf historische Sachverhalte anzuwenden. Dies trägt beispielsweise dazu bei, den heutigen Zeitgenossen vergangene Vorgänge zu verdeutlichen. Auch wollten die Amerikaner anfangs keineswegs die Unabhängigkeit, sondern sie wollten zu denjenigen Regelungen zurück, die vor den britischen Reformen gegolten hatten. Dieses Verlangen kann man durchaus als konservativ bezeichnen, auch wenn damals andere Begriffe benutzt wurden.

- A1** Die folgenden Punkte sollten erwähnt werden: General Washington hebt hervor, dass die Union nur eine Chance des Überlebens hätte, wenn eine oberste Macht zur Regelung der allgemeinen Belange eingesetzt würde. Dies sei auch im Interesse der einzelnen Staaten. Washington argumentiert vor allem machtpolitisch. Nur gegenüber dem Empire hätten die fremden Nationen die Unabhängigkeit anerkannt, die neue Macht akzeptiert und die amerikanische Kreditwürdigkeit beurteilt. Bei einer Auflösung der Union würden die Verträge mit den Europäern ungültig werden. Bereits während des Krieges habe sich zudem gezeigt, dass ohne eine starke Zentralmacht die Ressourcen des Landes nicht rationell genug herangezogen werden konnten. Wäre das aber geschehen, hätte der Krieg viel schneller beendet werden können.
- A2** Die Quelle steht im Kontext der harten und kontroversen Debatten um die Formierung einer Zentralregierung und einer Verfassung. Befürworter und Gegner einer zentralen und mächtigen Regierung lieferten sich mit vielerlei Argumenten scharfe Debatten. Hierbei spielte eine wichtige Rolle, dass sehr unterschiedliche regionale und lokale Gegebenheiten berücksichtigt werden mussten. Dies begann schon bei der Vereinheitlichung des Militärs, weil neben der Kontinentalarmee auch zahlreiche Milizen bestanden, die ortsgebunden waren. Auch gab es Kontroversen um das Wirtschaftssystem, um die weitere Expansion nach Westen oder um die Sklaverei. Diese Debatten wurden mit großer Leidenschaft geführt, setzten aber auch bei allen Beteiligten einen hohen Grad von Kompromissbereitschaft voraus.
- A3** Folgende Thesen könnten hier beispielsweise angeführt werden:
- Die Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten sind in vielerlei Hinsicht so groß, dass es keinen Sinn macht, einen starken Zentralstaat zu schaffen. Dies betrifft beispielsweise die ganz unterschiedlichen Wirtschaftssysteme: Der Süden ist auf die Sklaverei angewiesen, der Norden nicht.
  - In den Neuenglandstaaten hat die protestantische Religion einen ganz anderen Stellenwert, als in den anderen Staaten.
  - Die Einzelstaaten haben sich bereits Verfassungen gegeben, die z.T. voneinander abweichen. Es dürfte schwierig sein, diese zu vereinheitlichen.
  - Das Land ist zu groß, um von einer einzigen Versammlung regiert zu werden. Auch sollten sich die Abgeordneten untereinander kennen, was bei den großen Entfernungen und der ganz unterschiedlichen Herkunft der jeweiligen Personen aber kaum möglich ist.

- Wegen dieser enormen Entfernungen ist eine starke Zentralregierung auch zu schwerfällig, um auf Entwicklungen zu reagieren, die nur einen Teil des Landes betreffen.

- A1** Die folgenden Punkte sollten hier erwähnt werden: John Adams wendet sich mit zahlreichen Argumenten gegen die Schaffung einer einzigen zentralen Versammlung, die alle Regierungsmacht, d.h. Legislative, Exekutive und Judikative ausübt. Seine Argumente basieren vor allem darauf, dass eine derartige Versammlung korrumpierbar sei, sie könne habgierig, machthungrig und willkürlich werden. Für die Ausübung der exekutiven Gewalt fehlt einer Versammlung Verschwiegenheit und Schnelligkeit, für die rechtssprechende Gewalt ist sie zu zahlreich, zu langsam und unerfahren. Um seine Argumente zu stützen, zieht er Beispiele aus der Geschichte heran. Aus diesen Gründen plädiert er vehement dafür, eine Kontrollgewalt einzuführen.
- A2** Das Menschenbild, das John Adams hier vertritt, ist eindeutig negativ. Menschen neigen zu Dummheit und Schwäche, sie werden nicht durch die Vernunft, sondern durch – modern gesprochen – unkontrollierbare Emotionen geleitet. Mehrfach wird auf die Habgier verwiesen. Wieder modern gesprochen: Menschen sind korrupt bzw. sehr leicht korrumpierbar. Dieses negative Menschenbild war gegen Ende des 18. Jahrhunderts unter Intellektuellen in unterschiedlichen Versionen weit verbreitet. Man könnte hier beispielsweise auf die Vertragstheorie von John Locke verweisen, die gerade in Amerika populär war. Ähnliche Positionen wurden auch in der europäischen Aufklärungsphilosophie zum Beispiel von Immanuel Kant vertreten.
- A3** Akzeptiert man die Argumente von John Adams, besteht die einzige Lösung darin, Legislative, Judikative und Exekutive strikt voneinander zu trennen. Die jeweiligen Institutionen, die noch geschaffen werden müssen, und zu denen Adams sich hier nicht im Einzelnen äußert, üben dann gegenseitige Kontrollfunktionen aus. Die Exekutive wäre dann verschwiegen und schnell, und die Judikative könnte aus erfahrenen juristischen Fachleuten zusammengesetzt werden, wie Adams gefordert hat. Die „Repräsentativversammlung“ könnte sich dann auf die Legislative konzentrieren (bei Adams Punkt 4). Nicht diskutiert wird in dieser Quelle die Frage des Staatsoberhauptes, bzw. die Frage, ob ein Präsident alleine die Exekutive ausübt, oder ob eine andere Form der Regierung gebildet werden sollte.

- A1** Laut Darnstädt war „die Furcht vor Tyrannei [...] der alles bestimmende Gedanke der amerikanischen Verfassung“. Die Verfassungsväter wollten sowohl die in ihre Augen monarchische Tyrannei beenden, als auch eine mögliche Tyrannei „der Mehrheit“ verhindern. Die Konstruktion der amerikanischen Verfassung beruhe auf den Prinzipien der „Gewaltenteilung“ und der repräsentativen Demokratie: Ein „raffiniertes System der checks and balances“ sollte durch die Verteilung der Machtkompetenzen auf verschiedene Regierungszweige einerseits den Machtwillen Einzelner begrenzen und andererseits einer zu dominanten Mehrheitsmeinung des Volkes entgegenwirken.
- A2** Darnstädt's Darstellung ist von Anerkennung und Respekt geprägt („Ein Weltreich, auf Recht gebaut“). Zugleich weist Darnstädt kritisch auf die skeptische Haltung der amerikanischen Verfassungsväter gegenüber dem eigentlichen Souverän, dem Volk, hin. Mehrheitsverhältnisse wurden durch die repräsentativen Elemente und die wechselseitige Verschränkung der politischen Macht im System der „checks and balances“ gezügelt, eingehegt oder auch ganz unmöglich gemacht, sobald sich die gewählten Vertreter nicht einigen oder durchsetzen konnten oder ein Anliegen der Bevölkerung anders betrachteten als diese.
- A3** Zwar bildete die vom Volk – durch Wahlen – ausgehende Macht die Grundlage der amerikanischen Demokratie, doch konnte die Bevölkerung jeweils nur Vertreter in die beiden parlamentarischen Kammern des US-Kongresses (Repräsentantenhaus, Senat) entsenden und auch die Wahl des US-Präsidenten erfolgte nur indirekt durch die Zwischenschaltung von Wahlmännern, die diesen letztlich wählten. Die Durchsetzung politischer Initiativen, die natürlich von der Zusammensetzung von Legislative (Kongress) und Exekutive (Präsident) entscheidend geprägt sind, erfolgte jedoch auch hier letztlich im (geschlossenen) System der „checks and balances“, im politischen Spiel der Kräfte zwischen Parlament und Regierung (und der Justiz). Die repräsentative Demokratie verhinderte eine direkte und ungefilterte Umsetzung des Volkswillens.

- A1**
- Abschnitt 1: Gleichheit aller Menschen
  - Abschnitt 2: alle Macht geht vom Volke aus, Demokratie, Republik
  - Abschnitt 3: eine dem Volk verantwortliche Regierung, die dem Allgemeinwohl zu dienen hat, Mehrheitsprinzip, Mehrparteiensystem
  - Abschnitt 5: Gewaltenteilung (Legislative, Exekutive und Judikative)
  - Abschnitt 6: freie Wahlen, Wahlrecht für Männer
  - Abschnitt 8: Rechtsstaat, jedermann hat das Recht auf einen fairen Prozess, Geschworenengericht
  - Abschnitt 12: Pressefreiheit
  - Abschnitt 16: freie Ausübung der (christlichen) Religion

Die aufgeführten Prinzipien sind alle Bestandteile einer funktionierenden Demokratie mit Ausnahme der Ausgestaltung des Rechtssystems (Geschworenen- oder Richterjustiz), wobei in der „Virginia Bill of Rights“ die politische Gleichberechtigung der Geschlechter und die Aufhebung der Sklaverei fehlen (Wahlrecht nur für weiße Männer).

- A2**
- Aus heutiger Sicht scheinen Begriffe wie „Glück“ und auch „Sicherheit“ im Wortlaut einer Verfassung eher anachronistisch zu sein. „Glück“ bzw. „glücklich sein“ wird in der Regel von Menschen sehr subjektiv interpretiert. Macht ein Millionenvermögen automatisch glücklich? Oder ist jeder unglücklich, der arm ist? Auch „Sicherheit“ erscheint als dehnbare Formulierung: Ist diese in Deutschland gewährleistet (über 60 Jahre außenpolitischer Frieden) oder nicht (Kriminalität, Wirtschaftskrisen)? Als Ansporn für die jeweilige Regierung, ihren Bürgern politischen und wirtschaftlichen Fortschritt zu bringen bzw. zu ermöglichen, kann die Formulierung womöglich dennoch dienen. Aber: Müsste „die beste“ Regierung ihren Bürgern nicht mehr bieten? Gleichheit vor dem Gesetz, Gerechtigkeit, Frieden usw.?



- A1** Während sich die „Virginia Bill of Rights“ neben der Nennung einiger Grund- bzw. Menschenrechte auch allgemein zu Aspekten unter anderem der Volkssouveränität, der Gewaltenteilung und des Wahlrechts äußerte, konzentrierte sich die „Bill of Rights“ auf die Festschreibung bestimmter unveräußerlicher Grundrechte des einzelnen Bürgers in Form von zehn Verfassungszusätzen (die zudem vor dem Obersten Bundesgericht einklagbar waren). Die Stellung der Grundrechte in den Texten ist also von zentraler Bedeutung, die „Bill of Rights“ ergänzte die Verfassung, in der „Virginia Bill of Rights“ sind die Grundrechte vorangestellt und werden später präzisiert.

Gemeinsam war beiden Erklärungen auch die Garantie der Presse- und Religionsfreiheit. Die „Bill of Rights“ legte daneben rechtsstaatliche Prinzipien fest, klärte die Stellung des Bürgers zur Armee und unterstrich in Artikel X die bundesstaatliche Ordnung der Vereinigten Staaten.

- A2** Erst die „Bill of Rights“ verankerten die Rechte des einzelnen Bürgers in der US-Verfassung und trugen damit dazu bei, dass sich die USA im Laufe der Zeit zu einer wirklichen Demokratie entwickelten (denn dadurch wurde auch ein einheitlicher Rechtsraum für das Individuum geschaffen).

Königliche Allmacht in vorparlamentarischer Zeit wurde so von der Begrenzung staatlicher Macht und bürgerlichen Grundrechten abgelöst.

- A1** Franklin gesteht zu, dass er einige Punkte in der Verfassung nicht billige, dass er aber – modern gesprochen – lernfähig und in der Lage sei, seine Meinung zu revidieren. Er gesteht ferner zu, keineswegs zu glauben im Besitz aller Wahrheit zu sein. Dies sei aber ein Fehler, den viele Menschen und besonders religiöse Gruppen häufig machen. Vor diesem Hintergrund ruft er diejenigen Mitglieder des Konventes, die Zweifel an einigen Punkten der Verfassung hätten, dazu auf, ihre „eigene Unfehlbarkeit“ zurückzustellen und dennoch zuzustimmen.
- A2** Franklin führt geschickt sein hohes Alter und seine lange politische Erfahrung ins Feld. Er geht dabei sozusagen mit gutem Beispiel voran, indem er angibt, in der Vergangenheit gelegentlich seine Meinung auch in wichtigen Angelegenheiten nach gründlichem Nachdenken geändert zu haben. Allerdings gibt er hier keine Beispiele – möglicherweise um nicht von der Hauptsache abzulenken. Erst dann beginnt er diejenigen Personen und vor allem die Kirchen zu kritisieren, die glauben, im Besitz aller Wahrheit zu sein. Um seinen Argumenten die Schärfe zu nehmen, fügt er den kleinen Witz über eine „gewisse Französin“ ein, möglicherweise hat er hier auch auf lachende Zustimmung seiner Zuhörer abgezielt. Nachdem er noch einmal zugestanden hat, dass die Verfassung durchaus Fehler habe, appelliert er am Schluss an die Einmütigkeit der Versammlung.
- A3** Franklin hält seine Rede in einem dramatischen Moment, weil die Annahme der Verfassung bis zuletzt umstritten war. Zugleich stand das neue Land aber vor fast unüberwindlichen Schwierigkeiten, die letztlich nur durch eine zentrale Regierung bewältigt werden konnten. Sehr vielen Anti-Federalists gingen diese Regelungen aber viel zu weit. Für die Annahme der Verfassung war unter anderem entscheidend, dass zentrale Persönlichkeiten immer wieder für Kompromisse plädiert hatten und auch bereit waren, diese Kompromisse selbst einzugehen. Franklin warf bei dieser Rede, die auf weitere Kompromisse abzielte, seine gesamte Autorität in die Waagschale. Er konnte sich dies leisten, weil er als einer der wichtigsten Gründungsväter auch bei seinen politischen Gegnern ein hohes Ansehen genoss.

- A1** Die folgenden Punkte sollten erwähnt werden: Das politische Zentrum war prinzipiell offen. Es gab kaum Proteste mit dem Ziel, die Hierarchie zu transformieren und das politische Zentrum umzubauen. Eine moralische Politik wurde kombiniert mit Bestrebungen, die gleichzeitig durch Wahlgeschenke die politische Unterstützung der Kommunen sicherte. Viele Institutionen, die aus Europa mitgebracht worden waren, wurden transformiert. Die meisten Institutionen verfügten aber gleichzeitig über eine weitaus größere Autonomie, als sie in Europa hatten.
- A2** „Offenheit des politischen Zentrums“ bedeutete, dass sehr viele, in der Theorie sogar alle Mitglieder der Gemeinschaft direkt und indirekt Zugang zu den wesentlichen politischen Entscheidungen hatten. Indirekter Zugang bestand durch das Wahlsystem, mit dem sowohl auf der Ebene der Einzelstaaten, als auch auf derjenigen der Zentralregierung auf die regierenden Personen Einfluss genommen wurde. Direkter Zugang bedeutet, dass theoretisch jeder amerikanische Staatsbürger für jedes politische Amt kandidieren konnte. Deshalb wurde – trotz gelegentlicher kleinerer Reformen etwa im Wahlrecht – das gesamte System fast niemals infrage gestellt.
- A3** Zahlreiche Institutionen, die in den USA bestanden, hatten bereits Vorbilder in Europa. Ansätze zu einer Gewaltenteilung gab es schon in Großbritannien, hier existierte allerdings eine unabhängige Judikative nur in Ansätzen. Eine strikte Trennung von Kirche und Staat war in Europa weitgehend unbekannt, religiöse Toleranz bestand in Preußen unter Friedrich dem Großen. Eine radikale Trennung von Kirche und Staat entstand in Frankreich während der Französischen Revolution. Aus Europa mitgebrachte Institutionen waren etwa die Parlamente der Bundesstaaten, diese verfügten aber in Europa über deutlich weniger Macht als in Amerika. Die Volkssouveränität gab es in Europa auch nur in Ansätzen: In Großbritannien hatten bis zum frühen 19. Jahrhundert beispielsweise weniger als drei Prozent des Volkes das Wahlrecht – diese Zahl war in den USA sehr viel höher. Die Macht des Königtums war in einigen europäischen Staaten wie in Großbritannien gegenüber dem Parlament zwar eingeschränkt, es war aber die ganz große Ausnahme, dass ein König auch abgesetzt werden konnte. Der amerikanische Präsident hingegen wurde nur für einen bestimmten Zeitraum gewählt und konnte in der Theorie auch abgesetzt werden.

- A1** Die folgenden Punkte sollten erwähnt werden: George Washington vertritt die Meinung, dass es Sinn mache, die Handelsbedingungen mit anderen Nationen auszudehnen, zugleich aber die politischen Beziehungen auf ein Minimum zu beschränken. Viele Interessen in Europa hätten für die Amerikaner keine Bedeutung, deshalb solle Amerika auch nicht in diese Konflikte verwickelt werden. Durch die Beachtung einer strikten Neutralität könne auch der Frieden der Amerikaner mit den europäischen Kontrahenten gesichert werden. Auch in der Handelspolitik, die Washington offensichtlich sehr am Herzen liegt, sei das Prinzip der strikten Neutralität zu verfolgen. Das schließt nicht aus, dass mit Mächten, die gleiche oder ähnliche Interessen hätten, auch Regeln zur Ausweitung des Handels verabredet würden. Es sei aber darauf zu achten, dass sich die Verhältnisse ändern könnten, und dann müsse auch die Möglichkeit bestehen, diese Regeln den Verhältnissen anzupassen oder zu ändern.
- A2** Die Konsequenzen bestehen darin, dass die USA zwar eine sehr aktive und dynamische Handelspolitik verfolgen, in allen politischen und auch militärischen Angelegenheiten sich aber strikt neutral verhalten sollen. Washington hat hier die permanenten und ständigen Kriege und Konflikte im Blick, die in Europa stattfanden. Für viele europäische Staaten dürften bereits zu dieser Zeit die USA ein zwar schwacher, aber möglicher Verbündeter gewesen sein, der umworben wurde. Washington dürfte bewusst gewesen sein, dass eine solche Neutralitätspolitik im eigenen Land nicht immer populär war, weil in Teilen der Bevölkerung beispielsweise Sympathien für die Französische Revolution bestanden. Washington geht es hier aber ausschließlich um die Vereinigten Staaten, denen er durch diese Politik eine lange und friedliche Entwicklung garantieren will.

Tipp: Je nach Kenntnisstand der Schülerinnen und Schüler kann an dieser Stelle auch darauf verwiesen werden, dass die Vorgeschichte der späteren Monroe-Doktrin (2. Dezember 1823) bereits hier mit der Rede von George Washington begann.

- A1** Das Filmplakat wird von einem überdimensionalen männlichen Kopf dominiert, dessen harter, ernster Blick direkt auf den Betrachter gerichtet ist. Im unteren, kleineren Teil des Plakates ist eine große, zahlenmäßig nicht quantifizierbare Reitertruppe zu sehen. Getrennt von dieser Gruppe ist ein Reiter sichtbar, der die amerikanische Fahne hoch hält. In welcher Landschaft sich die Soldaten aufhalten oder wohin sie reiten ist nicht erkennbar. Kennzeichnend für das Plakat ist ferner eine gewisse Spannung zwischen dem scheinbar unbeweglichen, ruhigen Kopf und der reitenden Gruppe, deren Bewegungen in höchster Dynamik zu erfolgen scheinen.
- A2** Wenn der Filmtitel nicht auf dem Plakat stehen würde, könnte der Betrachter nur feststellen, dass die Handlung wegen der amerikanischen Fahne irgendetwas mit dem amerikanischen Militär zu tun hat, und dass offenbar eine einzelne Person im Mittelpunkt steht. Erst durch die Aufschrift erschließt sich dem Betrachter ein tieferer Sinn. Die Erwartungshaltung die hier geweckt wird, dürfte darin bestehen, dass ein einzelner, harter Mann, der wahrscheinlich ein Soldat ist, während eines Krieges mit erheblichen Schwierigkeiten konfrontiert wird, aber als „Patriot“ diese meistern dürfte. Um welchen Krieg es sich dabei handelt, geht aus dem Plakat nicht hervor, die Reiterei verweist aber auf das 18. oder auf das 19. Jahrhundert.

**A1** Formale Kennzeichen

Das 53,7 x 79,1 cm große Ölgemälde „The Declaration of Independence, July 4, 1776“ bedurfte einer langen Schaffenszeit, da die Figuren individualisiert dargestellt wurden und der amerikanische Maler John Trumbull viele der Personen besuchte, um sie zu porträtieren. Zwar war das Gemälde bald nahezu fertig, die Gesichter wurden aber nur nach und nach gefüllt. Das Bild konnte deshalb erst 1820 fertig gestellt werden. Begonnen hatte es Trumbull 1786. Das Historiengemälde wird heute in der Yale University Art Gallery in New Haven, Connecticut aufbewahrt.

**Bildinhalt**

Das Bild zeigt einen mittelgroßen Saal, der mit über vierzig Männern gefüllt ist, die an den Wänden sitzen oder stehen. An der Rückwand befinden sich zwei Türen sowie britische Flaggen und eine Trommel. Im Vordergrund steht eine Männergruppe vor einem Tisch, an dem ein weiterer Mann mit überschlagenen Beinen sitzt: John Hancock. Das Licht fällt so in den Raum, dass die stehende Männergruppe am stärksten beleuchtet wird. Einer von ihnen, Thomas Jefferson, überreicht John Hancock ein Dokument.

**A2** Während des Unabhängigkeitskrieges gegen England tagte der Zweite Kontinentalkongress als revolutionäre Regierung. Der Kongress hatte am 10. Juni 1776 einen Ausschuss beauftragt, eine Unabhängigkeitserklärung zu entwerfen. Diesem Ausschuss gehörten John Adams, Roger Sherman, Robert R. Livingston, Thomas Jefferson und Benjamin Franklin an. Das Gemälde hält fest, wie Thomas Jefferson dem Vorsitzenden des Kongresses, John Hancock, die maßgeblich von ihm verfasste Unabhängigkeitserklärung am 28. Juni 1776 im Sitzungssaal des State House in Philadelphia vorlegt. Am 4. Juli 1776 wurde dieses Dokument gebilligt. Thomas Jefferson gab das Gemälde 1786 in Auftrag und fertigte für den Künstler eine Skizze des Raumes aus seiner Erinnerung an, da John Trumbull selbst nicht anwesend war.

**A3** Historiengemälde können der verherrlichenden Erinnerung, historischen Legitimation der Gegenwart oder propagandistischen Zwecken dienen. Vor diesem Hintergrund sind sie nur bedingt geeignet, ein tieferes Geschichtsverständnis zu entwickeln. Historiengemälde spiegeln die Sichtweise von Auftraggeber oder Künstler bzw. zeitgebundene Vorstellungen wieder und damit bestimmte Deutungen von Geschichte. Um ein umfassendes und differenziertes Bild – in diesem konkreten Fall von der „Unabhängigkeitserklärung“ – zu erhalten, ist es notwendig, weitere Quellen heranzuziehen und diese kritisch zu reflektieren.

**A1** Kennedy hielt die Rede auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges zwischen den Supermächten USA und UdSSR. 1961 war die Berliner Mauer errichtet worden. Im Oktober 1962 sollte die Kuba-Krise die Welt an den Rand eines Atomkrieges bringen. Gleichzeitig begann mit Kennedy eine Phase der innenpolitischen Liberalisierung, um die andauernde Unterdrückung und Benachteiligung der Afroamerikaner in den USA abzubauen bzw. zu beseitigen.

Bush sprach 2006 mitten im von ihm erklärten „Krieg gegen den Terror“ in Nachfolge der verheerenden Anschläge vom 11. September 2001 („9/11“). Innenpolitisch waren die Vereinigten Staaten in dieser Zeit in einer Art „Belagerungszustand“, da die Anschläge Bevölkerung und politische Elite der USA lange Zeit in eine Art Schockzustand versetzten. Die Bush-Administration schreckte vor diesem Hintergrund auch nicht davor zurück, innenpolitisch Bürger- und Freiheitsrechte einzuschränken sowie in der Außenpolitik auf völkerrechtlich umstrittene Kriege und die Folter von tatsächlichen oder vermeintlichen Gegnern zur Erpressung von Informationen und Geständnissen zu setzen.

Kennedy stellte den Begriff der „Unabhängigkeit“ in den Mittelpunkt seiner Rede und nahm dabei Bezug auf die Insellage West-Berlins, die Länder hinter dem Eisernen Vorhang und den heraufziehenden Vietnam-Krieg. Bush bezog sich in seiner Rede vor allem auf das „Ideal“ der Freiheit, mit dem Amerika bei vielen Menschen ein „Leuchtfeuer“ der Hoffnung geweckt habe, ebenfalls frei zu leben. Beide Präsidenten schilderten die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten – wenn auch mit unterschiedlichen Akzenten – als Vorbild für die Welt.

**A1** Die amerikanische Bürgerrechtsbewegung setzte sich seit Mitte des 20. Jahrhunderts mit wachsender Vehemenz für die rechtliche Gleichstellung der schwarzen US-Bürger ein, die bis in diese Zeit vor allem in den Südstaaten immer noch Bürger zweiter Klasse waren. Der regionale und lokale Widerstand gegen diese politische Liberalisierung konnte zumeist nur durch die Durchsetzung der entsprechenden Verfassungsartikel durch die Autorität des Bundesstaates, das heißt dem US-Präsidenten und seiner Regierung, gebrochen werden (Einsatz der Nationalgarde, Einsatz des FBI zum Beispiel gegen den Ku-Klux-Klan, Bundesgesetzgebung usw.). Zum Sprecher und politischen Anführer der Bürgerrechtsbewegung erwuchs der Theologe Martin Luther King (1929-1968), der am 28. August 1963 anlässlich des „Marsches auf Washington“ seine berühmte Rede „I have a dream“ hielt. King wurde 1968 erschossen.

Während die amerikanischen Kolonisten in der Unabhängigkeitserklärung von 1776 die Rechtsverstöße des englischen Königs anprangerten und damit ihr Recht auf Loslösung vom britischen Mutterland begründeten, verweisen die schwarzen Bürgerrechtler nun auf die „Ungerechtigkeit“, die „Ausbeutungsherrschaft“, die „institutionalisierte Gewalt“ und den „Rassismus des weißen Amerika“, um ihrerseits dem amerikanischen Staat „den Gehorsam“ aufzukündigen und eine weitere Mitwirkung an dem „Übel“ zu verweigern.



- A1** Öffentliche Feiern sind gezwungen zu vereinfachen, wenn sie ein breites Publikum erreichen wollen. Zudem wird bei diesen Veranstaltungen auch stets versucht, aktuelle Bezüge herzustellen. Wie beispielsweise in M2 (Kapitel „Rezeption der Gründungsphase“) erwähnt, versuchen sich Politiker in die Traditionen der Revolution zu stellen, um ihre jeweilige Politik zu rechtfertigen. Damit sind sie aber auch gezwungen, auf die entsprechenden Erfolge zu verweisen, der Hinweis auf damals benachteiligte Gruppen wäre störend. Zudem will das Publikum bei diesen Feiern Stereotypen hören, die bereits vertraut sind. Hierbei gibt es natürlich mehrere mögliche Varianten, aber der durchschnittliche Amerikaner hat bereits in der Schule gelernt, dass die Amerikanische Revolution eine durchgehende Erfolgsgeschichte war. Diese Sichtweise möchte er gerne bei den Feiern reproduziert haben. Ein Perspektivwechsel ist bei nationalen Erinnerungsfeiern schwierig und – wenn überhaupt – nur langfristig möglich.
- A2** Hierbei könnten die folgenden Aspekte erwähnt werden: Bei Frauen ist eine große Zahl von unterschiedlichen Wahrnehmungen möglich, die sehr stark von der sozialen Stellung abhing. Frauen aus der amerikanischen Oberschicht, die mit der Revolution sympathisierten, haben wahrscheinlich versucht, eine aktive Rolle zu spielen, indem sie ihre Männer offen unterstützt haben und auch publizistisch tätig wurden (vgl. zum Beispiel M6 im Kapitel „Unabhängigkeitserklärung und Unabhängigkeitskrieg“). Andere Frauen unterstützten die Revolutionäre, indem sie Kleidung und Dinge des täglichen Bedarfs herstellten. Viele Frauen, die auf dem Land lebten, dürften aber vor allem versucht haben, das Überleben zu sichern: Sie mussten ohne Männer die Farmen bewirtschaften und Kinder erziehen. Deshalb haben viele wahrscheinlich einfach nur auf ein schnelles Ende des Krieges gehofft.

Weniger differenziert dürfte die Wahrnehmung bei den Sklaven gewesen sein. Viele haben wahrscheinlich mit den Engländern sympathisiert, weil diese noch am ehesten ein Ende der Sklaverei herbeiführen wollten. Die Engländer hatten sehr kampfkraftige Truppen aus ehemaligen Sklaven aufgestellt, die sich im Gefecht bewährten. Wenn es Schwarzen gelang, die britischen Linien zu erreichen, war dies meist gleichbedeutend mit der Freiheit. Manche Sklaven haben sich auch freiwillig zur amerikanischen Armee gemeldet, weil sie hofften, dadurch nach dem Ende des Krieges die Freiheit zu erlangen. Vor allem im tiefen Süden verhielten sich viele Sklaven aber auch indifferent, weil sie kaum über Informationsquellen über die militärischen Vorgänge verfügten bzw. ihnen diese Informationen von den Plantagenbesitzern vorenthalten wurden. Da viele Sklaven Analphabeten waren, hatten sie auch fast keine Möglichkeiten, Meldungen zu überprüfen bzw. waren auf Gerüchte angewiesen.

**A3** Bereits die Erinnerungskultur direkt nach dem Krieg war dadurch geprägt, dass sie durch die erfolgreiche weiße Oberschicht dominiert wurde. Diejenigen Männer, die die Revolution gemacht hatten, konnten auch nach ihrem Ende die jeweiligen Interpretationen vornehmen, und damit die eigene Rolle besonders stilisieren. Sie hatten kein Interesse daran, die Sklaverei oder den Rassismus in den Südstaaten zu einem dominanten Thema zu machen, weil viele von ihnen selbst Sklavenbesitzer waren. „Indianer“ sollten ohnehin weiterhin verdrängt werden, sodass ihre Erwähnung eher störend gewesen wäre. Ferner waren Frauen bewusst von der politischen Partizipation ausgeschlossen worden. Es war in gewisser Weise konsequent, sie auch nicht in die Erinnerungskultur aufzunehmen, weil ansonsten zu viele Fragen aufgekommen wären. Während der Revolution hatten beide Seiten zudem in der Propaganda mit einem absoluten „Gut-Böse“-Schema gearbeitet: Man war entweder für die Unabhängigkeit oder dagegen. Zwischentöne, von denen es wahrscheinlich sehr viele gegeben hat, waren in diesem Narrativ ganz unerwünscht. Erst sehr viel später war es Historikern möglich, diese Darstellungen, die noch ganz von den Gründervätern geprägt worden waren, infrage zu stellen.

- A1** Die folgenden Aspekte sollten erwähnt werden: Die Amerikanische Revolution ist im heutigen Alltag der USA in Straßennamen, Bibliotheken, Geldscheinen, Briefmarken, Feiertagen oder in der Werbung omnipräsent. Im Gegensatz zu anderen Demokratien, die ihre Ursprünge häufig auf Herkunft oder Sprache beziehen, können sich die USA immer noch auf die Gründungsväter und auf den Gründungszeitpunkt berufen. Hier wurde die Regierungsform festgelegt und eine Verfassung etabliert, die immer noch fast unverändert gültig ist. Nur wenige andere Nationen haben auch eine einzige Generation von Führern gehabt, deren Autorität immer noch gültig ist und die von heutigen Politikern genutzt werden kann.
- A2** Die Vereinigten Staaten bezogen sich weit mehr als zwei Jahrhunderte auf ihren Gründungszeitpunkt, weil hier eine bestimmte politische Struktur etabliert worden ist, die bis heute gültig ist. Sie basiert auf der Verfassung, die eine Errungenschaft der Revolution darstellte. Diese Verfassung wurde wiederum von einer Generation von Führern geschaffen, die bis heute deshalb eine Autorität darstellen. Eine derart lange Kontinuität existiert in anderen Ländern nur sehr selten. Fast alle anderen Nationen beziehen sich deshalb auf mehrere Gründungszeitpunkte oder haben verschiedene Revolutionen erlebt. Sie können deshalb nicht die Etablierung einer bestimmten politischen Struktur an den Anfang stellen, sondern betonen die gemeinsame Herkunft oder die gemeinsame Sprache.
- A3** Typische Gründungsmythen anderer Staaten existieren etwa in Deutschland. Ein möglicher Bezugspunkt ist die fehlgeschlagene Revolution von 1848/49, die Reichsgründung 1870/71 durch Bismarck oder die Schaffung der Weimarer Demokratie 1919. Der Nationalsozialismus stellte dann einen eindeutigen Bruch dar. Als Bezugspunkt käme dann erst wieder die Gründung der Bundesrepublik 1949 oder die Wiedervereinigung 1990 infrage. Auch der Fall Polens könnte als Vergleich herangezogen werden. Nach den Teilungen im 18. Jahrhundert existierte ein unabhängiges Polen nur im kurzlebigen Herzogtum Warschau, das bis 1814 von Napoleon als verbündeter Staat geschaffen worden war. Ein unabhängiges Polen entstand 1918/19 als Folge der Niederlage der Mittelmächte im Ersten Weltkrieg. Dieses Polen wurde aber 1939 im Hitler-Stalin Pakt zerschlagen, und erst nach 1945 in völlig anderen Grenzen als kommunistischer Staat wieder geschaffen. Auch bietet sich das Jahr 1990 als ein weiterer Bezugspunkt an, als der Ostblock kollabierte und in Polen ein demokratischer Staat errichtet wurde.

- A1** Die folgenden Punkte sollten erwähnt werden: Anders als Museen oder als historische Bücher beziehen sich Politiker gerne auf die Revolution, weil sie Begriffe benutzen können, die ihren Anhängern bekannt sind. Buchautoren können nuancierte Argumente entwickeln, aber diese haben nicht die gleiche Schlagkraft wie politische Reden. Gedenkstätten und Museen müssen aber auch Rücksicht auf ihre Geldgeber nehmen und wollen zudem eine möglichst große Zahl von Besuchern anlocken.
- A2** *Politiker* benutzen eine Terminologie, die ihren Anhängern meist gut bekannt ist, um sich selbst in bestimmte Traditionen der amerikanischen Revolution zu stellen. Da ihre Worte kurzlebig sind, und die Aufmerksamkeit der Zuhörerschaft meist begrenzt ist, arbeiten Politiker häufig mit verkürzten Schlagworten. *Buchautoren* haben demgegenüber viel Platz, um abgewogene und nuancierte Argumente zu entwickeln. Allerdings sind diese Argumente nicht so schlagkräftig, auch ist keineswegs sicher, dass alle Leser auch ein Interesse daran haben, ein möglicherweise dickes und kompliziertes Buch vollständig zu lesen. *Gedenkstätten und Museen* müssen mehrere weitere Aspekte im Blick haben. Sie wollen zwar die Amerikanische Revolution oder einzelne ihrer Teilbereiche präzise darstellen, müssen dabei aber berücksichtigen, dass die gesamte Öffentlichkeit, die als Besucher in Frage kommt, angesprochen und niemand beleidigt wird. Diese Öffentlichkeit hat auch nur eine kurze Aufnahmebereitschaft, sodass notwendigerweise Fakten verkürzt dargestellt werden müssen. Da außerdem Rücksicht auf potentielle Geldgeber genommen werden muss, müssen möglicherweise politisch kontroverse Themen ausgeblendet werden.
- A3** Auf diese Frage gibt es mehrere mögliche Antworten. So kann darauf verwiesen werden, dass viele der Revolutionäre, vor allem wenn sie aus Virginia oder anderen Südstaaten kamen, selbst Sklavenbesitzer waren. Dem heutigen Betrachter ist die exzessive Rhetorik der Freiheit fremd, wenn sie mit der Institution der Sklaverei konfrontiert wird. Eine ausgewogene Ausstellung sollte aber beide Aspekte berücksichtigen und auch die Frage thematisieren, warum die Sklaverei für viele Revolutionäre offenbar kein grundsätzliches Problem darstellte. Ein weiteres kontroverses Thema sind die gesellschaftliche Stellung der Frauen und das Problem des Frauenwahlrechtes. Auch hier gibt es eine große Diskrepanz zwischen der Rhetorik der Freiheit und der gesellschaftlichen Realität.

Ferner kann auf die ganz unterschiedliche Wahrnehmung der Ursprünge des Konfliktes durch Amerikaner und Engländer hingewiesen werden. Eine ausgewogene Darstellung müsste darauf verweisen, dass die Engländer sich selbst keineswegs als Unterdrücker sahen, sondern gute Gründe hatten, ihr Imperium zu reformieren. Die Frage ist dann,

warum dieses Faktum von vielen Amerikanern ganz anders interpretiert wurde. Schließlich sollte eine Ausstellung oder ein Museum auch auf die exzessive Gewalttätigkeit während des Unabhängigkeitskrieges verweisen, die nur sehr schwer heroisch interpretiert werden kann. Schließlich ist die Frage zu thematisieren, welche Rolle die französische Unterstützung für den Erfolg am Ende des Krieges spielte.

- A1** Im Mittelpunkt des Bildes stehen drei unterschiedliche Personen: ein Jugendlicher mit einer Trommel, ein alter Mann mit einer Trommel und ein ebenfalls älterer Mann mit einer Querflöte oder Pfeife, der einen blutigen Verband um seinen Kopf trägt. Zu ihren Füßen liegt ein toter Soldat. Sein verkrampft erhobener Arm ist typisch für einen direkten Herzschuss. Für den Betrachter sieht es aber aus, als ob er die voranmarschierenden Männer mit seiner Mütze grüßt. Im Hintergrund marschieren amerikanische Truppen hinter der amerikanischen Flagge, die zwar im Hintergrund weht, aber den oberen Teil des Bildes beherrscht. Diese Flagge hat es aber zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht gegeben. Die drei Personen scheinen knapp am Betrachter vorbeizumarschieren. Die Farben des Bildes sind sehr hell und kontrastieren deshalb mit den dunklen Rauchwolken im Hintergrund, die offenbar von Bränden oder von Kanonenfeuer stammen. Mimik und Gestik der beiden älteren Männer drücken äußerste Entschlossenheit aus, sie führen eine Truppe ins Gefecht, auch wenn sie keine sichtbaren Waffen tragen. Ähnliche Zuversicht oder Begeisterung ist auch bei den Soldaten im Hintergrund erkennbar. Nur der Junge mit der Trommel wirkt etwas unsicher, er orientiert sich an dem alten Mann in der Mitte. Die weit ausholenden Arme mit den Trommelschlägeln und das Schreiten im Gleichschritt vermitteln den Eindruck höchster Dynamik.
- A2** Das Bild nimmt Bezug auf den „Yankee Doodle“, ein Lied, das im Unabhängigkeitskrieg bei den Amerikanern sehr populär war. Ursprünglich war es ein Spottlied britischer Offiziere, doch wurde die eingängige Melodie von den Amerikanern übernommen und der Text patriotisch umgedichtet. Auf der Seite der Rezipienten konnte deshalb wahrscheinlich jeder etwas mit dieser Assoziation (Yankee Doodle = Freiheitskampf) verbinden. Das Gemälde spielt zudem mit mehreren Gedanken: Bei dem Kampf um die Freiheit spielt der Gegensatz zwischen Alt und Jung keine Rolle, entscheidend ist, dass alle zusammenhalten. Das Bild wurde auch deshalb populär, weil erst zehn Jahre zuvor der amerikanische Bürgerkrieg zu Ende gegangen war. Hier hatten die „Yankees“, also die Nordstaaten über den rebellischen Süden gesiegt, und auch in diesem Krieg ist der „Yankee Doodle“ gerne gesungen worden. In einigen Landesteilen der Nordstaaten war er sogar eine Art von „offizieller“ Hymne. Das Gemälde spielt damit mit dem Sieg in zwei ganz unterschiedlichen Kriegen, wobei der „spirit“ (Geist) von 1776 auch im amerikanischen Bürgerkrieg entscheidend war.

**A1** Der Konservative: Will am idealisierten Erbe der Revolution unkritisch festhalten.

- Der Liberale: Kann zwar mit vielen revolutionären Diskursen nichts mehr anfangen, beruft sich aber auf das Erbe, um es dem jeweiligen Zeitgeist anzupassen.
- Der Radikale: Möchte die ganze Revolution verwerfen, weil sie rassistisch, kapitalistisch und frauenfeindlich war.
- Der Progressive: Ist vorsichtig reformistisch.
- Der Populist: Bedient sich aller Traditionen, je nach dem, was gerade zu seinem Argument passt.

**A2** Hier gibt es zahlreiche Möglichkeiten, die von den Vorkenntnissen der Schülerinnen und Schüler abhängig sind. Die folgende kurze Tabelle mit Stichpunkten stellt deshalb nur einen Vorschlag dar, der beliebig ergänzt oder variiert werden kann:

Amerika	Europa
Aufklärung	Aufklärung
sehr starke Bedeutung von (protestantischer) Religion	starke, aber langsam schwindende Bedeutung von Religion
Strukturen der kommunalen und regionalen Verwaltung kommen aus Europa (Gerichte, Gouverneure, regionale Parlamente)	Strukturen der kommunalen und regionalen Verwaltung (Gerichte)
Rechtsvorstellungen ebenfalls britisch (z.B. Grundbesitz, bei den „Indianern“ nicht bekannt)	Rechtsvorstellungen (z.B. Grundbesitz)
von Anfang an egalitäre Sozialstrukturen (kein Adel)	Aristokratische Gesellschaftsstrukturen (starke Position von Adel und Monarchen)
gewähltes Parlament und Staatsoberhaupt auf Zeit, Wahlrecht für fast alle (weißen) Männer	in Großbritannien zwar ein gewähltes Parlament, aber Wahlrecht sehr begrenzt (weniger als 3 Prozent der Männer), Staatsoberhaupt (König) nicht absetzbar
Sklaverei	keine Sklaverei, obwohl einige Fälle von unfreier Arbeit
Fortschrittsoptimismus	nur sehr bedingter Glauben an den Fortschritt
In Amerika von Anfang an höherer Lebensstandard als in Europa, kaum Hungersnöte	

**A3** Das Verhältnis zwischen fortschrittsoptimistischen, als amerikanisch angesehenen Werten, und weiter bestehenden europäischen Traditionen blieb letztlich

unausgeglichen. Zahlreiche Traditionen waren aus Europa in die neue Welt exportiert worden. Hierzu gehörten beispielsweise die protestantische Religion, das Bildungssystem oder das traditionelle Gender-Verhältnis, durch das den Frauen grundlegende Rechte vorenthalten blieben. Neu war hingegen die Vorstellung, eine besondere Mission zu haben, die dem Fortschritt dienen sollte. Dieser Glaube war gepaart mit einer sehr optimistischen Sicht auf die Zukunft und einer weitreichenden Rhetorik der Freiheit. Die Widersprüche, die Michael Hochgeschwender hervorhebt, betreffen vor allem die sozial marginalisierten Menschen. Die Freiheitsrhetorik stand beispielsweise in direktem Gegensatz zur Sklaverei.



- A1** Das Bild ist grob in zwei Bereiche unterteilt, die durch die oben angegebenen Jahreszahlen unterstrichen werden. Links sind Soldaten der Amerikanischen Revolution zu sehen, die ihre Gewehre mit aufgeflepftem Bajonett in der Hand halten. Die Soldaten des Unabhängigkeitskrieges tragen stilisierte Uniformen, diejenigen des Zweiten Weltkrieges hingegen moderne, braune Kampfanzüge. Sie marschieren schnell und zielbewusst von rechts nach links. Der starke blaue Kontrast (links: dunkle Wolken, rechts: hellere Wolkendecke) deutet zudem an, dass ihr Marsch in eine ungewisse, möglicherweise gefährliche Zukunft führt. Dennoch ziehen sie entschlossen und offenbar schnell gegen einen unbekanntem Feind. Deutlich erkennbar ist auch die Fahne des Unabhängigkeitskrieges und die Flagge der modernen USA am linken Ärmel des vordersten Soldaten – da beide Fahnen ungefähr auf gleicher Höhe sichtbar sind, wird die Kontinuität zwischen beiden Kriegen unterstrichen.
- A2** Die Jahreszahl 1778 deutet darauf hin, dass der Unabhängigkeitskrieg bereits zwei Jahre lang dauert, das Jahr 1943 verweist ebenfalls darauf, dass sich die USA seit zwei Jahren im Krieg befinden. Das Plakat spielt mit den Kategorien Vergangenheit–Gegenwart–Zukunft. Der Kampf um die Freiheit begann mit der Amerikanischen Revolution, setzt sich in der Gegenwart mit dem Kampf gegen Japan, Deutschland und seine Verbündeten fort, und wird auch in der Zukunft weiter gehen. Dies wird durch die Bildunterschrift verdeutlicht, die das „always“ besonders hervorhebt. Man kann das Plakat auch dahingehend interpretieren, dass die Veteranen der Revolution respektvoll vor den Soldaten des Zweiten Weltkrieges stramm stehen.

- A1** Zu Beginn war die Gesellschaft der Weißen in Amerika ein „Fragment Europas“. Allerdings gab es eine Reihe von wichtigen Unterschieden, die in der Vorgeschichte der Revolution eine erhebliche Rolle gespielt haben. Eine Adelsherrschaft wie in Europa existierte nicht. Deshalb war das Bürgertum in Nordamerika auch sehr viel einflussreicher als in europäischen Ländern. Dieses Bürgertum bzw. die wohlhabende einheimische Mittelklasse, hatte schon früh ein eigenständiges Selbstbewusstsein entwickelt und war deshalb nicht bereit, den kolonialen Status weiterhin uneingeschränkt zu akzeptieren und ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen denen des Mutterlandes vollständig unterzuordnen.
- A2** Wirtschaftliche Faktoren spielten bei der Eskalation eine erhebliche Rolle, auch wenn diese von amerikanischer Seite oft falsch oder unzutreffend interpretiert wurden. Wirkliche ökonomische Einbußen waren durch die britische Zoll- und Steuergesetzgebung noch gar nicht vorhanden, sie wurden aber in der Zukunft befürchtet. Ein großer Teil der ökonomisch prosperierenden Mittelklasse war in keiner Weise bereit, die eigenen Interessen gegenüber den britischen zurückzustellen. Das Recht der Besteuerung war fast immer eine Angelegenheit der Parlamente in den jeweiligen Kolonien gewesen, deshalb wurde das englische Vorgehen auch als ein Angriff auf die eigenen lange erworbenen Rechte gesehen. Der Satz „no taxation without representation“ zeigt, dass aus ökonomischen Gründen auch politische Mitbestimmung gefordert wurde. Außerdem hatten sich viele Geschäftsleute schon vor dem Beginn der eigentlichen Eskalation kaum oder gar nicht mehr an britische Gesetze gehalten, was der weit verbreitete Schmuggel zeigt.
- A3** Eine soziale Umwälzung blieb weitgehend aus, weil diejenigen bürgerlichen Schichten, die wesentlich für den Beginn der Revolution verantwortlich waren, auch nach dem Ende der Revolution an der Macht blieben. Deshalb blieb sowohl die Gesellschaftsordnung, als auch die bis dahin bestehende soziale Schichtung bestehen. Kritisch kann man gegen Willi Paul Adams aber anführen, dass sehr wohl soziale Veränderungen stattfanden. Fast alle Loyalisten, von denen viele Funktionsträger in der staatlichen Verwaltung gewesen waren, verließen nach dem Ende der Revolution das Land oder wurden vertrieben und gingen nach Kanada oder nach Europa. Hieraus entstanden durchaus einige Probleme, weil nach der Revolution in vielen Bereichen wichtige und erfahrene Bürokraten fehlten.

- A1** Für den Legitimitätsverlust der britischen Regierung in Amerika gibt es mehrere Faktoren. An erster Stelle sind die verstärkten Eingriffe in das Zoll- und Steuersystem nach dem Ende des Siebenjährigen Krieges zu nennen. Die Nordamerikaner waren seit Generationen daran gewöhnt, die meisten ihrer innenpolitischen Angelegenheiten selbständig zu regeln, und sie hatten im Krieg gegen die Franzosen loyal auf britischer Seite gekämpft. Nun aber begann die britische Regierung ohne Zustimmung der Amerikaner neue Steuern und Abgaben einzuführen, zu denen sie – nach amerikanischer Auffassung – nicht berechtigt war („no taxation without representation“). Ferner reagierte die britische Regierung auf die – nach amerikanischer Auffassung berechtigten – Proteste einerseits scharf, andererseits inkonsequent. Mal wurden Maßnahmen zurückgenommen, mal wurden andere wieder eingeführt, sodass der Eindruck entstand, die britische Regierung verfolge einerseits keine klaren Kurs, setze andererseits aber häufig auf Repressalien. Die Stationierung von Truppen widersprach außerdem dem amerikanischen Selbstbewusstsein, denn es war klar, dass diese Truppen im Konfliktfall gegen die Nordamerikaner eingesetzt werden würden. Der weit verbreitete Schmuggel wurde auch nicht als illegal, sondern als ein lange bestehendes amerikanisches Recht angesehen. Die Zweifel an der Legitimität der britischen Regierung wuchsen, als nach der sogenannten „Tea Party“ scharfe Sanktionen gegen die Stadt Boston verhängt wurden. Gänzlich zerstört wurde das Vertrauen, als britische Truppen dann gegen Waffenlager der Milizen vorgingen.
- A2** Der Begriff „tiefer gehend revolutionär“ bezeichnet eben diesen grundlegenden Verlust von Legitimität. Immer mehr Kolonisten kamen zu dem Schluss, dass ihre elementaren Interessen von der Regierung in London überhaupt nicht mehr vertreten werden würden. Infolge dieses Legitimitätsverlustes standen nach und nach fast alle Bindungen nach London auf dem Prüfstand. Die Regierung wurde nicht mehr als eine Autorität angesehen, der man Loyalität schuldete, sondern als eine Fremdherrschaft, die nur noch eine Belastung zu sein schien. Diese Krise umfasste – so Palmer – alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, d.h. politisch, ökonomisch, soziologisch, psychologisch, persönlich und moralisch. Damit waren alle Fundamente, die für das Gedeihen einer Gesellschaft existentiell waren, betroffen.